



RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2011 - 2012

vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 29. September 2012

Bericht für die Zeit
September 2011 bis August 2012

Vorschau auf 2013

Finanzbericht 1.1. - 31.12.2011

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	3
B	Die Basis unserer Arbeit	6
C	Unsere Arbeit	9
	Internationale Klimapolitik	9
	Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung	14
	Deutsche und EU-Klimapolitik	16
	Bildung für Nachhaltige Entwicklung	21
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	24
	Unternehmensverantwortung	27
	Pressearbeit.....	30
	Öffentlichkeitsarbeit	32
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	34
E	Finanzbericht für das Kalenderjahr 2011.....	35
F	Ausblick.....	42

A Politische Rahmenbedingungen

Jeder aufmerksame Betrachter kommt angesichts des europäischen Krisenschleuderkurses immer wieder ins tiefe Grübeln. Eine ungezügelter Globalisierung des Finanzmarktes, der sich immer mehr zu einem entkoppelten und unkontrollierten Teilsystem der Gesellschaft entwickelt hat, wirft Fragen über die Handlungsfähigkeit der EU und der Weltgemeinschaft auf.

Die zwar im Ergebnis nicht überraschende, aber angesichts der immensen Herausforderungen sehr unzureichende Rio20+-Konferenz Ende Juni war ein weiterer Anstoß dazu, über die eklatanten Handlungsunfähigkeiten im globalen Weltsystem nachzudenken.

Für uns als deutsche NGO mit dem Namen *Germanwatch* kommt dazu, dass mit der Krise Europas einhergehend gerade die Rolle und das Ansehen *Deutschlands* seit geraumer Zeit ganz besonders auf dem Prüfstand stehen und sich dabei sehr harsche und kritische Anfragen an das Land von außen häufen. Das ist auch für uns als Akteur der Zivilgesellschaft relevant.

Zu diesen Herausforderungen wollen wir uns wenigstens kurz äußern, bevor im Weiteren detaillierter ausgeführt wird, was wir in den vergangenen Monaten mit unseren Teams geleistet haben.

Deutschlands Rolle in der Welt – unser Name als Herausforderung?

Wenn wir von unserem vor über 20 Jahren gewählten Namen *Germanwatch* ausgehen, müssen wir uns fragen: wie "wachen" wir aktuell das heutige Deutschland in der Welt, das ein sehr widersprüchliches Bild abgibt? Wo und wie mischen wir uns ein? Wo aber mischen wir uns bewusst nicht ein? Wo entsteht neuer Handlungsbedarf?

Unser Leitbild stellt ins Zentrum: „*Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen*“. Dies ist für uns Leitschnur.

Unser Fokus „Germany“ steht derzeit in mindestens zweierlei Sicht im globalen Rampenlicht:

- Einerseits hat sich die deutsche Regierung, das Parlament und der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung mit der Energiewende und eigenen Klimapolitik ein Umsteuern und Neujustieren einer Volkswirtschaft vorgenommen, das unter den Industrieländern bislang einzigartig ist. Die Welt schaut teils irritiert, teils mit Hochachtung darauf und sieht das Laboratorium Deutschland als Lackmustest dafür, ob sich ein solcher Umbau auch anderswo mit attraktiven Ergebnissen umsetzen lässt.
- Andererseits wird derzeit ein in Europa dominantes wirtschafts- und finanzmächtiges Deutschland registriert, das anderen Regierungen Regeln diktiert, in deren Folge insbesondere jungen Menschen in diesen Ländern eine gravierend schlechtere Perspektive verbleibt. Es besteht durch die strenge Spardiktat sehr wohl die Gefahr, dass Deutschland gegenwärtig die Rolle jener mittelalterlichen Ärzte spielt, die den Patienten zur Ader ließen, und wenn das nicht half, mit dieser „Kur“ fortführen bis zum bitteren Ende.

Energiewende: Laboratorium Deutschland

Zu der ersten Herausforderung, dem *Mondlandprojekt* „Energiewende“, sind wir als *Germanwatch* durchaus sehr sprech- und handlungsfähig, und wir mischen uns im Sinne des Erhalts der Lebensgrundlagen als ernst genommener Akteur massiv und intelligent auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vielfältig ein.

Wir unterstützen das gesellschaftliche Großprojekt „Agora-Energiewende“ von Stiftung Mercator und European Climate Foundation, sind beteiligt an dem Trialog-Programm von Gesine Schwan und kommunizieren dazu mit dem Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) von Klaus Töpfer. Wir sind im Vorstand der Renewables Grid Initiative, um dort wo notwendig den Ausbau der Stromnetze voranzutreiben. Wir sind aber auch bereits nach kurzer Zeit im Dialog mit dem neu angetretenen Bundesumweltminister, Peter Altmaier, und Peter Terium, dem neuen Chef von RWE, dem größten CO₂-Emittenten Europas. Mit Akteuren aus Gewerkschaften, der Unternehmerinitiative "Zwei Grad", und Akteuren der Klimaallianz und Energiegenossenschaften versuchen wir sehr konkret die Energiewende sinnvoll voranzutreiben.

Und wir „übersetzen“ die Energiewende während der UN-Klimaverhandlungen und bei anderen geeigneten Gelegenheiten den Interessierten aus den Schwellen- und Entwicklungs-, aber auch aus Industrieländern (dazu auch mehr im weiteren Bericht).

Und das alles hat auch – neben dem Engagement für ein -30%- Klimaziel bis 2020 – viel mit der EU zu tun. Denn es stehen in deren Energie- und Klimapolitik wichtige Entscheidungen an, etwa im Bereich der Zielsetzung für die Klimapolitik, der Weiterentwicklung des Emissionshandels, im Bereich des Um- und Ausbaus des Stromnetzes und der Speicher sowie in der Rahmensetzung für Energieeffizienz.

Germanwatch stellt sich der Herausforderung, hier gut vernetzt strategisch wichtige Akzente zu setzen.

Neue Investitionsoffensive: Klimaschutz, Finanz- und Euro-Krise gemeinsam angehen

Es kann nicht sein, dass wir so tun, als habe die Finanz- und Eurokrise nichts mit uns zu tun. Es zeigt sich immer deutlicher, wie die globalen Ernährungs-, Energie-, Klima- und Finanzkrisen miteinander verwoben sind. Wer nur "seine Themen" weiter verfolgt, ohne auf diese Zusammenhänge zu achten, braucht sich über ein Scheitern nicht zu wundern. Zugleich sind wir angesichts dieser Herausforderung der Finanz- und EU-Krise sowohl in den Kapazitäten als auch der Expertise deutlich beschränkt.

Eine direkte Kommentierung der Feinheiten des Krisenmanagements rund um Rettungsschirme sowie Alternativen dazu für Griechenland und andere notleidende Staaten kommt für uns nicht in Frage. Dies müssen wir ganz ehrlich so konstatieren.

Zugleich sehen wir die weltweiten Konsequenzen dieser Krise, sehen auch, dass die Handlungsfähigkeit der EU im globalen Kontext davon abhängt, wie die Krise gemeistert wird. Im Sinne unserer Zielsetzung des „Einsatzes für globale Gerechtigkeit“ versuchen wir daher, wenige bescheidene Akzente für aus unserer Sicht notwendige und miteinander verschränkte Diskurse beizutragen.

So haben wir seit Herbst 2011 einen Prozess zusammen mit dem Global Climate Forum und dem BMU gestartet. Damit wollen wir eruieren, wo eine positive Perspektive für die Menschen in Europa durch mehr Investitionen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit liegen könnte. Ein erster Strategie-Roundtable auf Staatssekretärebene hat dazu bereits im April 2012 stattgefunden.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der EU steht aus unserer Sicht an einem Scheideweg. Eine zunehmende Zahl von Entscheidungsträgern und Investoren erwartet nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Jahrzehnt der Stagnation: mit hohen Arbeitslosenzahlen, ja möglicherweise Massenarmut in Teilen Europas. Und mit entsprechenden Legitimationsproblemen für die EU. Zugleich ist eine glaubwürdige Klimastrategie der EU die Grundlage für Strategien, mehr Bewegung in den USA und China zu erzeugen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich viele Fragen:

- Kann eine stringente Rahmensetzung für eine grüne Wirtschaft in Europa dafür sorgen, dass deutlich mehr des nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals als in den letzten Jahren in Realinvestitionen statt spekulative Anlagen investiert wird?
- Kann die EU die Erwartungen der Investoren so stabilisieren, dass diese sich an einer vermuteten Aufwärts- statt einer Abwärtsspirale orientieren?
- Kann so die Basis für eine deutlich günstigere Arbeitsplatzentwicklung in der EU gelegt werden?
- Kann so zugleich die Grundlage dafür gelegt werden, dass die EU ihre Position im Bereich der Energiesicherheit verbessert?
- Kann sie so auf eine Spur geraten, in der sie wieder glaubwürdig eine Führungsrolle in der internationalen Klimadebatte übernehmen kann?

Deutschland fällt als ökonomischem Schwergewicht in der jetzigen Krise eine Führungsrolle zu. Zugleich ist das Land seit der Energiewende der größte Testfall für die Transformation zu einer grünen Wirtschaft. Von daher wollen wir insbesondere die deutsche Rolle im Rahmen einer Strategie für Europa diskutieren.

Wir benötigen also eine Offensive von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft angesichts der multiplen Krisen, insbesondere von Finanz- und Eurokrise in Richtung einer positiven Vision für Europa, eine Perspektive für die Menschen hier und für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Oder anders gesagt: Die Ernsthaftigkeit der deutschen Energiewende und der Energie- und Klimapolitik der EU sind ein Gradmesser für zu stimulierende Zukunftsinvestitionen. Zugleich aber auch für die Handlungsfähigkeit der EU.

Dreh- und Angelpunkt: Geld und Wachstum an der richtigen Stelle

Gemessen an den Finanzmitteln, die gegenwärtig auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten sind, ist der Betrag, der für Klimaschutz und verwandte Zwecke eingesetzt wird, verschwindend gering. Das gilt weltweit, für Europa und für Deutschland. Wenn sich das in Deutschland nicht ändert, wird die Energiewende nicht gelingen; wenn es sich nicht weltweit ändert, braucht man von wirksamem Klimaschutz nicht mehr zu reden.

Die EU und damit auch Deutschland bzw. die Bundesregierung stehen derzeit vor der Frage, ob sie den Millionen von Menschen, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise vor dem Aus stehen, eine Perspektive bieten oder die weitere Zunahme politischer Extreme sowie Schattenwirtschaftsstrukturen und letztlich einen Zerfall der EU riskieren.

Das derzeit vom Ausland noch als stark wahr genommene und selbst von der Krise bislang nur indirekt getroffene Deutschland steht übrigens gleichzeitig aber auch vor dem Ende seines eigenen so einseitig vom Export profitierenden „Geschäftsmodells“.

Europa braucht jetzt einen grünen Investitionspakt. Dafür wesentlich sind der Ausbau erneuerbarer Energien, die Entwicklung eines europäischen Stromnetzes, das diese Energien wirksam nutzen kann, sowie die energetische Sanierung des Gebäudebestands in einer Region mit 500 Millionen Einwohnern.

Nur im Rahmen eines entsprechenden Investitionsschubs wird sich die strukturelle Verschuldung abbauen lassen. Auch dazu ist ein grüner Investitionspakt nötig.

Wo müssten wir uns einmischen? Wo können wir uns nicht einmischen?

Wir müssen sicherlich in den nächsten Monaten versuchen, in Bescheidenheit, einerseits fokussiert, andererseits Zusammenhänge aufzeigend, trotz knapper Ausstattung, die Synergien mit vorhandenen Projekten und Programmen nutzend, die größtmögliche Kohärenz und Hebelwirkung zu entfalten.

Die weitere Debatte nach Rio20+ zur „Green and fair Economy“ werden wir hier nutzen. Die notwendigen Verknüpfungen zum Themenfeld Welternährung, Landnutzung und Handel werden wir herstellen. Der Frage der öffentlichen und privaten Finanzierung der wesentlichen Herausforderungen für Umwelt und Entwicklung werden wir auch in Zeiten der Finanzkrise innovativ vorantreiben. Wir setzen uns für Finanzierungsquellen wie die Finanztransaktionssteuer, die Flugverkehrssteuer und den Einbezug des internationalen Flugverkehrs in den Emissionshandel ein. Es geht nicht an, wegen der öffentlichen Verschuldung eine ökologische Verschuldung noch größeren Ausmaßes in Kauf zu nehmen oder seiner Verpflichtung gegenüber denen, die ums Überleben kämpfen, nicht nachzukommen.

Mit unserer Kompetenz zu Fragen der Unternehmensverantwortung und einem intelligenten Mix zwischen Freiwilligkeit und Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Menschenrechte, der sozialen und ökologischen Herausforderungen für deutsche Unternehmen in der Welt werden wir uns weiterhin sichtbar positionieren. Wir halten es für notwendig darauf zu reagieren, dass angesichts hoher Rohstoffpreise die soziale und ökologische Unbedenklichkeit in den Strategien von Unternehmen und Regierungen zum Zugang und Abbau der Rohstoffe zunimmt.

Und wir vernetzen uns nicht nur mit vielen Akteuren weltweit, wir vernetzen auch Themen...

Es gibt aber auch wichtige Themen, die wir nur streifen. Wir wollen unseren Fokus nicht verlieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Rolle der militärischen Einsätze und der deutschen Waffenexporte werden wir nicht zu einem Hauptthema unserer Arbeit machen können. Gleichwohl nähern wir uns schon seit geraumer Zeit dem spannungsreichen Feld Sicherheits- und Außenpolitik über den Themenzusammenhang der Energie-, Ernährungs- und Klimasicherheit. Und wir stellen damit einen Sicherheitsbegriff ins Zentrum, der nicht mit Waffen, sondern nur mit Kooperation umsetzbar ist.

B Die Basis unserer Arbeit

Dank einer zunehmenden Unterstützung unserer Aktivitäten durch Mitglieder und Förderer sowie der Anstrengungen eines großen Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften konnte Germanwatch auch in den vergangenen zwölf Monaten vieles bewegen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden dagegen in einem eigenen Kapitel (Finanzbericht, Kap. E) hervorgehoben.

Mitglieder

Die Gesamtzahl der Mitglieder ist im langjährigen Trend leicht steigend (siehe Tabelle) und beträgt 575, darunter 347 stimmberechtigte Mitglieder, 228 Fördermitglieder und 7 Ehrenmitglieder (Stand 27.8.2012). Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit, u.a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und in der Hamburger und Münchener Regionalgruppe.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
440	447	457	478	526*	542*	494	535	560	575

*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion, siehe Rechenschaftsbericht 2009)

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe folgende Kästen).

Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Zum Germanwatch-Team zählen neben hauptamtlichen und Honorarkräften auch ehrenamtliche MitarbeiterInnen und PraktikantInnen.

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2011, im Februar 2012 und aktuell im September 2012) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen. Letztere war ein wichtiger Agendapunkt für 2011: Im Rahmen eines Organisationsentwicklungs-Prozesses, der seit Juni 2011 auch von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert wird, fand eine Gliederung der inzwischen rund 30 Personen umfassenden Mitarbeiterschaft in Teams statt und als neue Leitungsebene unterhalb der Geschäftsführung wurden TeamleiterInnen berufen. Mit diesem Schritt sollen u.a. Arbeitsprozesse, der Aufbau von Kompetenzen und die Aufteilung der Leitungsaufgaben verbessert und an die inzwischen erreichte Größe der beiden Büros in Bonn und Berlin angepasst werden.

Die Leitung der Arbeit in den beiden Büros in Bonn und Berlin liegt weiterhin in der Hand des Administrativen Geschäftsführers Dr. Gerold Kier und des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals. Unterstützt werden sie hierbei von Charlotte Cuntz (Assistentin der Pol. Geschäftsführung) und Judit Mays (Assistentin der Admin. Geschäftsführung). Das Finanzmanagement (zu wichtigen Kennzahlen vgl. Kapitel E) liegt in der Hand von Ulrike Koll und wird aktuell im Rahmen einer Elternzeitvertretung von Heike Zbick übernommen. Ein wichtiger Teilbereich – das Finanzcontrolling im Team Internationale Klimapolitik – wird seit März 2012 von Lisa Meier betreut. Ljiljana Djuric unterstützt das Team weiterhin in den Bereichen Projektassistenz und Sekretariat im Berliner Büro, Andrea Taubert leistet diese Aufgaben sowie Arbeiten im Bereich des Finanzmanagements im Bonner Büro. Die Arbeit der FachreferentInnen und weiteren Mitarbeiter wird im Kapitel C ausführlicher dargelegt.

Germanwatch-Vorstand

Durch die Mitgliederversammlung am 24.09.2011 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt:

- Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender
- Anne-Kathrin Kirchhof, Stellv. Vorsitzende
- Dr. Lutz Morgenstern, Schatzmeister

Weitere Mitglieder des Vorstands:

- Prof. Dr. Carlo Jaeger
- Anne Koch
- Tilman Santarius
- Dr. Klemens van de Sand
- Dr. Hendrik Vygen
- Michael Windfuhr

MitarbeiterInnen der Germanwatch-Büros

Geschäftsführung

Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer

Dr. Gerold Kier
Administrativer Geschäftsführer

Charlotte Cuntz (ab 11/2011)
Assistentin der Politischen Geschäftsführung

Judit Mays
Assistentin der Administrativen Geschäftsführung

Pressearbeit

Larissa Neubauer
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- & Spenderservice

Pascal Molinario
Teamleiter Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- & Spenderservice

Team Finanzen und Verwaltung

Ljiljana Djuric
Sekretariat und Projektassistentz Büro Berlin

Andrea Taubert
Sekretariat und Projektassistentz Büro Bonn

Heike Zbick (ab 02/2012)
Finanzreferentin

Lisa Meier (ab 03/2012)
Projektcontrolling und Administration - Int. Klimapolitik

Ulrike Koll
Finanzreferentin

Team Unternehmensverantwortung

Cornelia Heydenreich
Teamleiterin Unternehmensverantwortung

Katrin von Hagke
Referentin für Unternehmensverantwortung und Öffentliche Beschaffung

Johanna Kusch
Referentin für Unternehmensverantwortung

Susan Weide
Referentin Klimakooperation Wirtschaft und NGOs

Team Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung

Anja Esch
Teamleiterin Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung

Linde Griebhaber
Referentin für internationale Klimafinanzierung & Investitionen

Dr. Ludger Reuke
Referent für Entwicklungspolitik

Team Welternährung, Landnutzung und Handel

Tobias Reichert
Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel

Kristin Gerber
Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus)

Marco Klemmt
Referent für Welternährung und Handel

Team Internationale Klimapolitik

Sven Harmeling
Teamleiter Internationale Klimapolitik

Lisa Junghans (ab 04/2012)
Referentin für Klimafolgen und Anpassung

Alpha Oumar Kaloga
Referent für Klimaanpassung und Entwicklung

Mohammad Hafijul Islam Khan (ab 05/2012)
Referent für Schäden des Klimawandels

Sönke Kreft
Referent für Klima, Entwicklung und Versicherung

Dirk Rommeney (ab 09/2011)
Referent für Deutsch-Chinesische Energie- & Klimakooperation

Boris Schinke
Referent für Klima und Sicherheit

Rixa Schwarz
Referentin für Klima und Sicherheit

Team Deutsche und EU-Klimapolitik

Damian Arikas (bis 05/2012)
Campaigner 100 Prozent Zukunft

Jan Burck
Referent Klimaschutz-Index, Szenarien & Emissionshandel

Oldag Caspar
Referent für Klimaaußenpolitik

Alexander Ebert (ab 04/2012)
Referent Klimakooperation Wirtschaft und NGOs

Tobias Pforte-von Randow
Referent für Klima und Arbeit

Katja Rottmann (ab 02/2012)
Referentin für Strompolitik und -netze

Manfred Treber
Klima- und Verkehrsreferent

Team Bildung für nachhaltige Entwicklung

Stefan Rostock
Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachkoordinator für Klima & Entwicklung

Bentje Woitschach (ab 06/2012)
Referentin Bildung für Nachhaltige Entwicklung

PraktikantInnen, weitere ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Marufa Akter, Katharina Bohnenberger, Jennifer Brandscheidt, Myriam Castanie, Leonie Dorn, Alexander Eden, Daniel Euler, Johanna Gesing, Charlotte Haberstroh, Florian Hideg, Jan-Theo Hoffmann, Michael Holze, Aijun Hou, Lena Jungbluth, Mirjalil Kamilov, Theo Kassaras, Helen Kermiser, Mathis Lucka, Charlotte Nelles, Xiaojun Peng, Lena Reuter, Mona Rybicki, Christina Schelhove, Tabea Seiz, Johanna Flora Siegel, Benedikt Spitzley, Ben Tousseint, Sarah Walkenfort, Philipp Wesche, Melanie Winkler, Johannes Wirz, Nils Witt, Linos Xanthopoulos, Mira Zöller

Als Honorarkräfte oder ehrenamtliche Unterstützer wirkten u. a. mit: Daniela Baum, Dörte Bernhardt, Jens Klawitter, Katrin Fillies, Dr. Wilhelm Frank, Lukas Hermwille, Karsten Mengler, Charlotte Nelles, Dietmar Puscher, Shefali Sharma, Helmut Stellmach, Dr. Winfried Zacher. Wir danken auch allen Aktiven unserer Regionalgruppen in Hamburg und München für ihr Engagement.

Mitglieder- und Spenderservice sowie Fundraising

Aufgrund der Verlagerung von Kapazitäten in den Bereich Öffentlichkeitsarbeit – z.B. für den Website-Relaunch und Arbeiten im Rahmen vieler Projekte –, konnten in diesem Berichtszeitraum nur einzelne Fundraising-Aktionen realisiert werden. Nichtsdestotrotz konnten auch in diesem Zeitraum wieder einige neue Mitglieder – vermehrt über die neue Website – geworben werden (siehe oben).

Zur Finanzierung der neuen Website wurde zum ersten Mal auch eine Online-Spenden-Kampagne (Spendenportal Helpedia.de) durchgeführt. Durch die Unterstützung von Mitgliedern, UnterstützerInnen und MitarbeiterInnen konnte auf diesem Wege ein maßgeblicher Teil der Kosten für die neue Website finanziert werden.

Als Service für unsere Mitglieder haben wir diese wieder regelmäßig mit Informationen über die Arbeit von Germanwatch versorgt:

- mit dem Mitgliederrundbrief per Post und per E-Mail (4 Ausgaben) sowie
- mit den Kurznachrichten per E-Mail (7 Ausgaben)

Danke!

Allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beitragen – einschließlich Mitgliedern, SpenderInnen und Zuschussgebern – sowie dem gesamten Germanwatch-Team aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorarkräften einschließlich des Vorstands, Kuratoriums und des Beirats der Stiftung Zukunftsfähigkeit möchte der Germanwatch-Vorstand an dieser Stelle herzlich für ihre Unterstützung danken.



MitarbeiterInnen, Vorstand und ehrenamtliche Kräfte auf der Frühjahrsklausur 2012 am Haus der Demokratie in Berlin.
Foto: Katrin Fillies

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich im betrachteten Zeitraum in sechs Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten:

- Team Internationale Klimapolitik
- Team Finanzierung für Klima Entwicklung/Ernährung
- Team Deutsche und EU-Klimapolitik
- Team Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Team Welternährung, Landnutzung und Handel
- Team Unternehmensverantwortung

Dabei haben wir übergreifend entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine globale und nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Internationale Klimapolitik

Das Team Internationale Klimapolitik deckt ein breites Spektrum an Aktivitäten ab, die sich – wie im Folgenden anhand vieler Beispiele ausgeführt wird – an dem Dreiklang "Handeln, Verhandeln, Koalitionen" orientieren. Auch in 2011/2012 hat Germanwatch dabei vielfältige Beiträge zur klimapolitischen Debatte in Deutschland und international geleistet. Einige ausgewählte Schwerpunkte werden im Folgenden erläutert.

Internationale Klimapolitik: Aufbruch zu einem neuen Klima-Abkommen?

Der beim UN-Klimagipfel in Durban (Dezember 2011) angestoßene Verhandlungsprozess hat einen neuen zeitlichen Rahmen gesetzt. Die Verhandlungen sollen bis 2015 zur Vereinbarung eines neuen, für alle Länder rechtlich verbindlichen Abkommens führen, das dann ab spätestens 2020 in Kraft treten soll. Dabei ist mehr als deutlich, dass die Klimaschutz-Ambition der Weltgemeinschaft – und insbesondere der Industrieländer – deutlich hinter dem eigentlich notwendigen hinterherhinkt. Dies senkt zugleich die Handlungsbereitschaft bei den neuen Großmächten wie China, Indien oder Brasilien. Mit jedem Jahr an Verzögerung der notwendigen klimapolitischen Transformation steigen dabei die Risiken eines unkontrollierten Klimawandels. Dies macht entschlossenes Handeln in Deutschland (Stichwort Energiewende), aber auch in der internationalen Zusammenarbeit und auf dem diplomatischen Parkett umso dringlicher.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, hat sich Germanwatch im Vorfeld und während des Klimagipfels von Durban, der nach kontroversen und intensiven Debatten die Verhandlungen zu einem umfassenden neuen Klima-Abkommen angestoßen hat, intensiv in die UN-Klimaverhandlungen und deren Vorbereitung eingebracht. Dies schloss neben der Teilnahme an der UNFCCC-Vorbereitungssitzung in Panama (Oktober 2011) auch Aktivitäten in Deutschland ein. Dazu gehörten gemeinsame Veranstaltungen mit anderen NRO und im Netzwerk VENRO (eine Konferenz, ein Fachworkshop und ein Journalistenworkshop im November), Hintergrundpapiere, aber auch der aktive Dialog mit der Bundesregierung und dem zuständigen Umweltminister. Schwerpunktthemen der Verhandlungsarbeit von Germanwatch und der Delegation in Durban waren dabei insbesondere Klimafinanzierung, Anpassung an die Klimafolgen, Klimaschutz und der Regenwaldschutz. Im Netzwerk Climate Action Network International sind Germanwatch-MitarbeiterInnen sehr aktiv und leiten u.a. die Arbeitsgruppen zu Anpassung und zum so genannten "Review" (Überprüfung der Angemessenheit der Klimaverpflichtungen der Staaten). Die Begleitung des IPCC-Prozesses ist ein weiteres wichtiges Element. Auch nach dem Klimagipfel von Durban setzt Germanwatch diese Arbeit intensiv fort. Dabei nehmen etablierte Partnerschaften zum Beispiel mit Brot für die Welt eine zentrale Rolle ein.

Besonderer Ansatz: Die "Loss and Damage in Vulnerable Countries"-Initiative

Klimawandelbedingte Schäden (engl. Loss and Damage) sind eine unweigerliche Folge von ungenügenden Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Schon jetzt erschweren die Auswirkungen des Klimawandels das Leben vieler Menschen im Süden und entfalten eine Bremswirkung auf nationale Entwicklungsprozesse. Doch dies ist angesichts der unzureichenden Klimaschutzambition nur ein Vorgeschmack auf die Zukunft.

In den Klimaverhandlungen haben aus diesem Grund insbesondere die kleinen Inselstaaten auf einen neuen Verhandlungsbereich gedrängt. Neben der Vorsorge (Klimaschutz) und der proaktiven Bewältigung (Klimaanpassung) wird im Bereich Loss and Damage in Zukunft der konkrete Umgang mit auftretenden Schäden diskutiert werden. Beim Klimagipfel in Durban wurde ein Arbeitsprogramm unter der UN-Klimarahmenkonvention ausgearbeitet, das bei der diesjährigen Klimakonferenz in Doha in konkrete Beschlüsse münden soll.

Die „Loss and Damage in Vulnerable Countries Initiative“ wurde auf Initiative der Regierung Bangladeschs gegründet. Germanwatch koordiniert dabei ein Konsortium bestehend aus der United Nations University, der „Munich Climate Insurance Initiative“ (MCII) und dem „International Centre for Climate Change Adaptation and Development“ (ICCCAD) aus Bangladesch. Hauptverantwortlich bei Germanwatch sind hier Sönke Kreft, Sven Harmeling und Lisa Meier. Seit Mai unterstützt auch Hafij Khan aus Bangladesch das Germanwatch-Team. Ziel der Initiative ist vornehmlich die Gruppe der Least Developed Countries (LDC) in den Klimaverhandlungen konzeptionell zu unterstützen. Daneben versucht die Initiative durch konkrete Fallstudien mit Wissenschaftlern in LDCs, tatsächliche Belege von klimawandelbedingten Schäden zusammenzutragen und in den nächsten Sachstandbericht des IPCC einfließen zu lassen. Neben weiterer konzeptioneller Arbeit (zum Bereich Klimaversicherung durch MCII, aber auch zur rechtlichen Dimension von klimawandelbedingten Schäden – unterstützt durch die renommierte Umweltschützerin Roda Verheyen) hat die Initiative einen besonderen Fokus auf Bangladesch, wo konkrete Antworten auf klimawandelbedingte Schäden erarbeitet und in nationale und internationale Politikempfehlungen übersetzt werden. Die Initiative wird vom „Climate and Development Knowledge Network (CDKN)“ unterstützt.

NRO-Begleitung des Adaptation Fund (AF)

Da gewisse Gefahren des Klimawandels inzwischen unvermeidbar sind, ist Anpassung eine Schlüsselstrategie für die besonders betroffenen Länder, um die negativen Klimaauswirkungen zu lindern. Der Anpassungsfonds (AF), etabliert unter dem Kyoto-Protokoll, unterstützt diese verletzlichen Länder bei ihren Bemühungen gegen negative Auswirkungen des Klimawandels, indem er dort konkrete Vorsorgemaßnahmen finanziert. Da der AF fast der einzige operative Fonds unter der Rahmenkonvention ist, spielt er in der internationalen Anpassungsfinanzierung eine Schlüsselrolle. Er hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, weil er innerhalb seiner zweijährigen Operationalisierungsphase 24 Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern bewilligt hat und zudem strukturell die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer stärkt.

Germanwatch begleitet den AF seit dem ersten Treffen des Steuerungsgremiums im Jahr 2008. Seit 2010 – im Rahmen eines aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMU geförderten Projektes – baut Germanwatch ein internationales NRO-Netzwerk auf, um die Entwicklung des Fonds konstruktiv-kritisch zu begleiten. Das Netzwerk soll insbesondere NRO aus dem Süden dabei unterstützen, die zentrale Umsetzungsphase von Projekten in Entwicklungsländern zu begleiten. Das Ziel des Netzwerkes ist es, der Stimme der besonders verletzlichen Gruppen in den Projektregionen Gehör zu verschaffen, so dass ihre Anliegen und Interessen während der ganzen Implementierung berücksichtigt werden. Das Netzwerk hat u.a. erreicht, dass die Leitlinien des AF zum Einbezug von Stakeholdern und zur Berücksichtigung der besonders Verletzlichen sowie die Transparenz des Fonds gestärkt wurden.

Alpha Kaloga und Sven Harmeling koordinieren dieses Netzwerk, das mittlerweile aus 35 NRO weltweit besteht. In bisher fünf Ländern fördert das Projekt gezielt Partner und Aktivitäten dieses Netzwerkes (Benin, Honduras, Jamaika, Senegal und Südafrika). Bis Ende dieses Jahres sollen drei weitere Partner hinzukommen. Unter der Federführung von Germanwatch erstellt das Netzwerk unabhängige Berichte zu den Treffen des Steuerungsgremiums, publiziert vierteljährlich Newsletter und pflegt den

"AF Project tracker", der den Stand der Bewilligung und Umsetzung der Projekte beschreibt. Darüber hinaus organisierte Germanwatch zwei öffentliche Veranstaltungen und veröffentlichte weitere Artikel¹. Mit dem Steuerungsgremium des AF konnte ein regelmäßiger Dialog etabliert werden.



Das Germanwatch-Team bei den UN-Klimaverhandlungen in Durban, Dezember 2012. Foto: Sönke Kreft

Gestaltung des Green Climate Fund

In den Monaten September bis Dezember 2012 spielte die Errichtung und Ausgestaltung des Green Climate Funds (GCF) eine wichtige Rolle. Dieser soll in Entwicklungsländern Emissionsminderungs- und Anpassungsmaßnahmen finanziell unterstützen und hat das Potential, der größte Klimaschutzfonds zu werden. Das Transitional Committee (TC), das mit der Ausgestaltung des GCF beauftragt war, hatte in diesem Zeitraum zwei weitere Treffen, um einen Vorschlag für das so genannte „Governing Instrument“ für den GCF für die Vertragsstaatenkonferenz vorzubereiten. Germanwatch nahm an Gesprächen mit den deutschen Vertretern im TC teil, verfolgte die TC-Treffen via Webcast und fertigte über alle TC-Treffen unabhängige Berichte an. Germanwatch verfolgte diesen Prozess in enger Zusammenarbeit sowohl mit der Finanzierungsgruppe des Climate Action Network, in dem Linde Griebhaber und Sven Harmeling aktiv sind, als auch mit VENRO, in dem Sven Harmeling Sprecher der Klima-Arbeitsgruppe ist. Auch während der Vertragsstaatenkonferenz in Durban begleitete Germanwatch die Diskussionen um die Errichtung des GCF eng. Aufgrund der zeitlichen Verzögerungen im GCF-Prozess im ersten Halbjahr 2012 konnte der GCF bisher nicht weiterentwickelt werden. Dies wird für die zweite Jahreshälfte erwartet.

Koalitionen mit China und Indien und die Rolle Deutschlands

Unter dem Thema Klimaaußenpolitik und internationale Allianzen zu Klima-, Energie- und Ernährungssicherheit begann im März 2012 mit zweijähriger Laufzeit das UBA/BMU-geförderte Projekt 'Kooperation statt Konflikt' unter der Leitung von Rixa Schwarz. Schwerpunkt dieses erneut in Kooperation mit adelphi durchgeführten Projekts liegt für Germanwatch auf internationalen NGO-Dialogen im Rahmen der UNFCCC-Verhandlungen zu den obigen Themen. Es schließt sich an das KRIUM-Projekt "Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen" (2008-2011) an, das im Herbst 2011 mit einer nationalen Konferenz zu Klima und Sicherheit im November in Berlin und einem internationalen Dialog mit chinesischen NGOs während der UN-Klimaverhandlungen in Durban im Dezember 2012 abgeschlossen wurde. Während der UNFCCC-Verhandlungsrunde im Mai 2012 in Bonn konnten bereits zwei NGO-Dialoge durchgeführt werden. Im Dialog mit indischen NGO-Kollegen stand nach dem Austausch über Klima- und Energiepolitik in Indien und der EU das gemeinsame Erarbeiten eines

¹ u.a. in der E+Z <http://www.dandc.eu/articles/220645/index.de.shtml>

Papiers zum Einbezug des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel im Mittelpunkt. Im Austausch mit chinesischen NGO-Vertretern wurde das Zusammenspiel von Top-Down- und Bottom-Up-Ansätzen zur Klimapolitik erörtert. Weitere Schwerpunktregionen im Projekt sind Südafrika und Nordafrika (MENA-Region).

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Anstrengungen im Team Internationale Klimapolitik liegt ferner auf der Klimakooperation zwischen Deutschland/EU und China. Übergeordnetes Ziel eines diesbezüglich von der Stiftung Mercator geförderten Projektes „Sino-Europäische Partnerschaft zu kohlenstoffarmer nachhaltiger Stadtentwicklung“ ist es, in zwei strategisch ausgewählten Städten, kohlenstoffarme und nachhaltige Stadtentwicklung zu beschleunigen und damit ein Beispiel für erfolgreiche Klimakooperation zwischen Deutschland, EU und China zu schaffen. Beide Länder haben sich – mit der Energiewende und den Low Carbon Development Zonen – eine ambitionierte Umbauagenda gesetzt. Das Projektvorhaben „Sino-Europäische Partnerschaft zu kohlenstoffarmer nachhaltiger Stadtentwicklung“ unter der Leitung von Dirk Rommeney wurde in Zusammenarbeit mit dem britischen Think-Tank E3G entwickelt und baut, beginnend im September 2012, zwei Dialogprogramme zur nachhaltigen Stadtentwicklung und Umsetzung von Low Carbon Strategien in zwei Städten/Regionen in China und Deutschland auf. Das Projektvorhaben wird zum einen ein Dialogprogramm aufsetzen, das die deutsch-chinesische Städte-Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu klimapolitisch weiterentwickelt und auf dem Weg zu Low-Carbon-Strategien umsetzungsorientiert begleitet. Hier knüpft Germanwatch an zwei von der Stiftung Mercator geförderte kleinere Vorläuferprojekte an (Okt. 2011 - Aug. 2012), die die Stadt Bonn darin unterstützen, eine Klimakooperation als Bestandteil der Städtepartnerschaft zwischen Bonn und der chinesischen Partnerstadt Chengdu, Provinz Sichuan, zu etablieren. In dem zweiten Dialogprogramm werden in Wuhan, Hauptstadt der Low-Carbon-Pilotprovinz Hubei, Anreizsysteme für Low Carbon Development diskutiert. Aktuelle Herausforderungen in der Umsetzung der Low-Carbon-Pilotprogramme in China und der Energiewende in Deutschland stehen hierbei im Fokus. Für die deutsch-chinesische Energie- und Klimakooperation ist seit September 2011 Dirk Rommeney als Referent im Team Internationale Klimapolitik bei Germanwatch zuständig.

DESERTEC als konkrete Handlungsstrategie

Das DESERTEC-Konzept sieht vor, verschiedene Formen erneuerbarer Energieerzeugung durch solarthermische Großkraftwerke und Photovoltaikanlagen, insbesondere in den Wüstenregionen der Erde, sowie Windkraftanlagen entlang der weltweiten Küstenlinien zu vernetzen und die Bevölkerung vor Ort sowie Verbraucherzentren mit erneuerbarer Elektrizität zu versorgen. Bisher wurde in der Diskussion des DESERTEC-Konzepts der vorwiegende Fokus auf dessen technische und ökonomische Machbarkeit gelegt. Aus Sicht von Germanwatch greift diese Sichtweise jedoch zu kurz, da erneuerbare Energien allein durch die Bereitstellung klimafreundlichen Stroms nicht "per se" als nachhaltig gelten dürfen. Was DESERTEC für die menschliche Entwicklung in der MENA-Region² zu leisten vermag, bleibt unklar und ist, abgesehen von einigen makro-ökonomischen Studien, kaum erforscht. Aus diesem Grund setzt sich Germanwatch innerhalb der Debatte um die Ausgestaltung von DESERTEC dafür ein, dass sich DESERTEC zu weit mehr als einem reinen Energieinfrastrukturkonzept entwickelt und seinem entwicklungspolitischen Nachhaltigkeitsanspruch – ökonomisch, ökologisch und sozial – gerecht wird. Die Sicherstellung des Nutzens, der sich im Rahmen von DESERTEC für die lokale Bevölkerung im MENA-Raum ergeben muss, und der gerechte Umgang mit Fragen des Eigentums und der Beteiligung sind dabei unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des Konzepts.

Seit Anfang 2012 tragen zwei von Boris Schinke und Jens Klawitter (Honorarkraft) durchgeführte und in enger Kooperation mit Brot für die Welt entwickelte Germanwatch-Projekte zur Unterstützung dieses Anspruches an DESERTEC bei.

1) Ein von Germanwatch inhaltlich geleitetes Konsortium aus drei verschiedenen Institutionen (Germanwatch, IndyAct und das Bonn International Center for Conversion BICC) erforscht seit Februar 2012 gemeinschaftlich in einer empirischen Feldstudie die potenziellen Auswirkungen solarthermischer Großkraftwerke – wie sie u.a. im Rahmen von DESERTEC geplant sind – auf die Lebensbedingungen und Menschenrechte der lokalen Bevölkerung afrikanischer Mittelmeerstaaten sowie ihrer

² Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (Middle East and North Africa)

nachhaltigen Entwicklungschancen anhand konkreter, in der Umsetzung begriffener Projekte. Auch wenn die politische Situation bislang die erste Felduntersuchung in Ägypten verzögert hat, so wird mit einer baldigen Wiederaufnahme gerechnet. Eine zweite Feldstudie ist für Marokko geplant. Die Untersuchungen zielen darauf ab, einen ersten empirisch erarbeiteten Vorschlag geeigneter Leitlinien gepaart mit sozialen Nachhaltigkeitsanforderungen für die Umsetzung solarthermischer Großkraftwerke in der MENA-Region zu erarbeiten.

2) Seit Mitte 2012 organisiert Germanwatch mit Unterstützung der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW), Brot für die Welt und der DESERTEC-Foundation die kritische Begleitung des DESERTEC-Konzepts im Rahmen des 2009 gegründeten DESERTEC-Gesprächskreises. Mit dem gemeinsamen Ziel, eine zivilgesellschaftliche Lobby in Deutschland und in MENA-Ländern für die Nachhaltigkeit des DESERTEC-Konzepts zu bilden, treffen sich dabei Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Akteure aus Deutschland in regelmäßigen Sitzungen, um sich über aktuelle Entwicklungen, gegenwärtige Projekte und strategische Ausrichtungen auszutauschen sowie von- und miteinander zu lernen bzw. gemeinsame Synergien zu identifizieren.

Beispiele für weitere Aktivitäten

Transparenz in der Anpassungsfinanzierung: Im Rahmen der Kooperation mit Brot für die Welt arbeitet Germanwatch derzeit an einer Analyse des "OECD Adaptation Marker". Dieses Klassifizierungsinstrument zur Gruppierung von Entwicklungshilfeszahlungen hat die OECD 2010 eingeführt, um die Bereitstellung von Klimafinanzierung transparenter verfolgen zu können. Germanwatch hat die Zahlungen und Klassifizierung einer kritischen Analyse unterzogen und festgestellt, dass mehr als 65% der Projekte falsch eingeordnet wurden, größtenteils von den OECD-Ländern selbst. Um eine höhere Glaubwürdigkeit der Anrechnung auf Klimafinanzierung sicherzustellen, muss die OECD ihre Richtlinien enger fassen und die Länder müssen die Gründlichkeit ihrer Klassifizierungsmechanismen überprüfen. Die Veröffentlichung der Studie ist für September geplant.

Begleitung des IPCC-Prozesses: Germanwatch-Referent Dr. Manfred Treber nahm Mitte November 2011 an Sitzungen des Weltklimarats in Kampala, Uganda, teil, auf denen die IPCC-Arbeitsgruppen I und II zusammentrafen. Ziel war es, den Sonderbericht zum Management des Risikos von Extremereignissen und Katastrophen („Special Report on Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation“, kurz: SREX) Zeile für Zeile zu verabschieden. Andererseits führte der IPCC seine 34. Plenarsitzung durch, bei der die formelle Annahme des Sonderberichts SREX, das Budget des IPCC, der Zeitplan für den Synthesebericht zum Fünften Sachstandsbericht sowie die Überarbeitung der Verfahren des IPCC behandelt wurden. Gemeinsam mit Brot für die Welt kommentierte Germanwatch die Ergebnisse des Berichts in einer Pressemeldung.

Seit Juni 2012 beteiligt sich Germanwatch (v.a. durch die MitarbeiterInnen Lisa Junghans, Sven Harmeling, Manfred Treber und Winfried Zacher) auch an der Experten-Kommentierung der Entwürfe zum Fünften Sachstandsbericht des IPCC, der ab September 2013 in mehreren Teilen veröffentlicht werden wird. Diese frühzeitige Beteiligung soll auch eine angemessene strategische Vorbereitung der Zivilgesellschaft ermöglichen.

Bildungsarbeit zu Klima und Entwicklung: In Kooperation mit dem Team Bildung für nachhaltige Entwicklung und insbesondere unterstützt durch Fördermittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden im letzten Jahr unterschiedlichste Bildungsmaßnahmen umgesetzt. Dazu gehörte die Neuauflage des Klimaschutz-Aktionsheftes, das Lehrern einen Überblick über eine Vielzahl von Bildungsmaterialien rund um den Klimawandel gibt. Der Posterwettbewerb zu Klimagerechtigkeit erbrachte innovative Posterideen, die nun in Deutschland und international verbreitet werden.

Klimawandel und Gesundheit: Die negativen Folgen des Klimawandels für die menschliche Gesundheit werden in der Klimadiskussion – insbesondere in Bezug auf potenziell dramatische Auswirkungen in Entwicklungsländern – nicht angemessen berücksichtigt. Durch Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit leistet Germanwatch hier unter Federführung von Dr. Winfried Zacher einen Beitrag, dem Thema größere Bedeutung zu verschaffen.



Die Siegermotive des Posterwettbewerbs "Klimagerechtigkeit":

1. Platz: „Connecting the dots“ (Malte Hein), 2. Platz: „Klimawandel ist kein Spiel“ (Daniel Knauft, Sofia Kermas), 3. Platz: „One world, one climate“ (Pablo Bicheroux)

Ausblick

Das Team wird in den nächsten Monaten durch politische Lobby- und Analysearbeit und die Unterstützung des Aufbaus von Allianzen (etwa mit Low-Carbon-Zonen in China, mit der MENA-Region, mit Bangladesch) auf entschiedenes Handeln im Klimaschutz, bei der Anpassung und dem Schutz der besonders Betroffenen gegenüber immer größeren Risiken und Schäden hinwirken. Mit dem für 2015 angepeilten internationalen Abkommen und Verknüpfungen mit der zukünftigen Entwicklungsagenda³ der deutschen G8-Präsidentschaft in diesem Jahr rückt ein weiterer Meilenstein der internationalen Klimadebatte immer mehr in unseren Fokus.

Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung

Deutschland hat traditionell eine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz eingenommen und zählt zu den wichtigsten klimapolitischen Akteuren. Von besonderem Interesse auf internationaler Ebene ist natürlich auch, wie Deutschland seine finanziellen Zusagen einhält. Schließlich hat sich Deutschland – ebenso wie alle anderen Industriestaaten – verpflichtet, einen fairen Beitrag dabei zu leisten, bis 2020 jährlich 100 Mrd. USD an öffentlichen und privaten Mitteln zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie für den Regenwaldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern zu mobilisieren. Bei den Erwartungen zur Realisierung der Zusagen der Klimafinanzierung sollte man die ernüchternden Erfahrungen mit der Entwicklungsfinanzierung nicht aus den Augen verlieren: Das 0,7%-Ziel wurde erstmals zugesagt für 1975; erneuert 2002 und 2006 für 2015. Es wird wieder nicht erreicht. 2011 liegt das Niveau bei 0,4%. Daher ist hier wie dort auch weiterhin eine ausdauernde kritische Beobachtung erforderlich. Im Berichtszeitraum wurde die Beobachtung der deutschen Entwicklungsfinanzierung durch Ludger Reuke mit der 3. Studie zur Entwicklungsfinanzierung der Bundesländer fortgesetzt.

Auch innerhalb der Europäischen Union gilt Deutschland als wichtiger Impulsgeber – nicht zuletzt wegen der Einleitung der Energiewende, die Wege hin zu einer *Green Economy* aufzeigen kann. Impulse, die von Deutschland ausgehen, können sowohl innerhalb der EU als auch innerhalb des UNFCCC-Kontextes richtungweisend sein. Im Rahmen des von der *European Climate Foundation* (ECF) finanzierten, von Anja Esch und Linde Griebhaber durchgeführten Projektes (von 06/2011 bis 05/2012) war es deshalb für das „Team Finanzierung“ ein zentrales Anliegen, Deutschlands Vorreiterrolle für internationale Klimafinanzierung weiter voranzubringen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Auf internationaler Ebene hat Linde Griebhaber daher in engem Austausch mit der Arbeitsgruppe zu Klimafinanzierung des Climate Action Network die UN-Klimaverhandlungen

³ Millenium Development Goals und Sustainable Development Goals

verfolgt. Sie nahm als Beobachterin bei den Klimaverhandlungen in Durban und den Zwischenverhandlungen in Bonn teil. Themenschwerpunkte waren hier unter anderem die Notwendigkeit für einen Aufwuchs der Klimafinanzierung, damit nach dem Ende der Schnellstartfinanzierung (Ende 2012) keine Lücke bei der Klimafinanzierung entsteht, die Ausgestaltung des Green Climate Funds (siehe Abschnitt zu internationaler Klimapolitik) als auch mögliche innovative Finanzierungsquellen wie eine Abgabe auf den internationalen Schiffs- und Luftverkehr.

Innerhalb der EU ist Deutschland bislang der einzige Mitgliedsstaat, der sich entschlossen hat, alle Einnahmen aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten im Rahmen des Europäischen Emissionshandels für klimarelevante Zwecke zu verwenden – u.a zur Finanzierung der Energiewende. Das „deutsche Modell“ der Zweckbindung der Emissionshandelserlöse für nationale und internationale Klimafinanzierung stellt aus Sicht von Germanwatch einen sehr innovativen Ansatz dar. Deshalb war und ist es für das „Team Finanzierung“ ein wichtiges Projektanliegen, dass dieser Ansatz (in dieser oder in einer vergleichbaren Form) innerhalb der EU Schule macht. Allerdings hängt dieser „innovative Finanzierungsansatz“ maßgeblich davon ab, wie sich künftig der zur Zeit dramatisch gesunkene CO₂-Zertifikatspreis entwickelt. Aus diesem Grund hat Germanwatch die Aktivitäten der Bereiche Klimafinanzierung und europäische Klimapolitik im vergangenen Jahr stark miteinander verzahnt, um gemeinsam die Notwendigkeit für die Einführung des 30%-Klimaziels in der EU zu adressieren. Schließlich geht es darum, den Emissionshandel als Klimaschutz- und als Finanzierungsinstrument dauerhaft zu erhalten.



Deutsche Klimafinanzierung im Dauertest: Brot für die Welt, Germanwatch, Oxfam und Heinrich-Böll-Stiftung haben eine neue Webseite gelauncht, die seit dem 2. Dezember 2011 zu erreichen ist unter: www.deutschemklimafinanzierung.de (Deutsch) und www.germanclimatefinance.de (Englisch).

Die Initiative „Steuer gegen Armut“, in der Germanwatch Mitglied ist und in der das „Team Finanzierung“, vertreten durch Anja Esch und Ludger Reuke, mitarbeitet, setzt sich nicht nur für die *Einführung* der Finanztransaktionssteuer (FTT) ein, sondern ausdauernd auch dafür, dass die *Erträge* anteilig für „Entwicklung, Klima und Soziales“ eingesetzt werden. Durch die fortdauernde verlässliche Mitarbeit in diesem Gremium hat Germanwatch auch im vergangenen Jahr dazu beigetragen, dass die Einführung sehr viel wahrscheinlicher geworden ist als zuvor.

Ebenso wichtig ist, dass sinnvolle Maßnahmen und Instrumente auf internationaler Ebene finanziert werden, die Wegbereiter für eine *Green and fair Economy* sein können. Das „Team Finanzierung“ hat sich daher im Rahmen des o.g. ECF-geförderten Projektes dafür eingesetzt, dass Deutschland seine Unterstützung der South African Renewable Initiative (SARi) zusichert. Denn SARi leistet nicht nur einen Beitrag zur Green Economy, indem bis 2025 der Anteil von Erneuerbaren Energien in Südafrika von derzeit 2% auf 15% erhöht werden soll. SARi könnte eben auch zur Green and *fair Economy* beitragen: Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien soll auch eine Ausbildungsoffensive einhergehen sowie über 50.000 neue Jobs entstehen. Es ist essentiell, dass in Zukunft Klimainvestitionen auch zunehmend soziale Inklusion ermöglichen – wie dies im Falle von SARi geplant ist. Erfreulich ist, dass Deutschland bei den Klimaverhandlungen im südafrikanischen Durban öffentlich in einem „letter of intent“ seine Unterstützung für SARi zugesagt hat und in Rio im Juni 2012 Absprachen zum weiteren Vorgehen getroffen wurden.

Am Ende sind Adressaten der Klimafinanzierung auch immer die besonders verletzlichen Menschen und Regionen: Zum einen, wenn die Klimafinanzierung einen Beitrag zur Emissionsminderung leistet und damit hilft, das Unbewältigbare zu vermeiden. Und zum anderen, wenn Anpassungsmaßnahmen dazu beitragen das Unvermeidbare zu bewältigen. Beides hat konkrete und unmittelbare Auswirkungen

gen auf die Lebenssituation der besonders verletzlichen Menschen, schließlich treffen sie die Folgen eines ungebremsten Klimawandels besonders hart.

Ausblick

Für das „Team Finanzierung für Klima und Entwicklung/Ernährung“ wird auch im kommenden Jahr im Rahmen eines neues ECF-geförderten Projektes (Zeitraum 06/2012 – 05/2013) die Vorreiterrolle Deutschlands in Sachen internationale Klimafinanzierung im Vordergrund stehen. Aktuell ist von zentraler Bedeutung, dass Fortschritte erzielt werden bei der Einführung von innovativen Finanzierungsinstrumenten, wie die Bepreisung von Schiffs- und Flugtreibemissionen (z.B. im Rahmen eines Emissionshandels). Dies wäre wichtig, um endlich Emissionen aus dem Schiffs- und Flugverkehr zu reduzieren *und* um eben Mittel für die Klimafinanzierung zu generieren.

Darüber hinaus wird es für das „Team Finanzierung“ wichtig sein, im Sinne einer *Green and fair Economy* stärker die Finanzierung für Ernährung und ländliche Entwicklung in den Blick zu nehmen.

Deutsche und EU-Klimapolitik

Das Team "Deutsche und EU-Klimapolitik" hat unter der Leitung des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals im Berichtszeitraum vor allem an der Umsetzung von drei Zielen gearbeitet, und zwar:

- den Beitrag der EU zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels, also die EU-Klimaziele, von 20% zumindest auf 30% bis 2020 zu erhöhen;
- mitzuhelfen, die deutsche Energiewende zum Erfolg zu führen und durch eine Verkehrswende zu ergänzen;
- diese Umbaustrategien so zu gestalten, dass der notwendige Investitionsschub zugleich einen Beitrag zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise der EU leistet.

Neue Klimaziele für die EU: 30 Prozent mehr Klimaschutz bis 2020

Insbesondere im Rahmen eines von der European Climate Foundation (ECF) geförderten Projektes setzt sich Germanwatch für eine ambitionierte europäische Klimapolitik ein. Ziel ist die Erhöhung des europäischen Klimaschutzziels von derzeit -20 Prozent bis 2020 auf -30 Prozent und die damit verbundene Klima-Roadmap der EU-Kommission. Diese sieht vor, in Zwischenschritten den CO₂-Ausstoß der EU bis Mitte des Jahrhunderts deutlich zu reduzieren. Bis 2030 sollen 40 Prozent, bis 2050 sogar 80-95 Prozent weniger Treibhausgase emittiert werden. Gegen diese Roadmap gibt es Widerstände insbesondere von der polnischen Regierung, die den Prozess bisher ausbremst. Die dänische EU-Ratspräsidentschaft (bis Mitte des Jahres) und die EU-Kommission hatten klar signalisiert: einen Durchbruch kann es nur bei einer klaren Positionierung Deutschlands geben.

Im Rahmen des Projektes haben insbesondere Oldag Caspar, Alexander Ebert, Tobias Pforte-von Randow und Susan Weide in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Akteuren wie progressiven Unternehmen und Gewerkschaften Initiativen ergriffen, damit sich Deutschland klar und öffentlich zur Klima-Roadmap bekennt und auf höchster politischer Ebene für eine europäische Einigung eintritt. Insbesondere mit der 2^o-Initiative gab es eine enge Kooperation. Adressaten unserer Arbeit waren neben der Bundesregierung auch die politische Führung in Polen.

Mit Beiträgen prominenter Meinungsführer in führenden Medien, einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne in Zusammenarbeit mit den relevanten deutschen NROs und vielen Gesprächen mit Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften konnten wir einen Teilerfolg erzielen.

Im Mai 2012 wandte sich die Bundeskanzlerin persönlich an den polnischen Premierminister Donald Tusk und bat um seine Zustimmung zur Klima-Roadmap. Noch vor den internationalen Klimaverhandlungen im Dezember 2012 in Doha soll nun eine Einigung verhandelt werden – allerdings schießt der deutsche Wirtschaftsminister nach wie vor quer. Diese Verhandlungen werden zwischen Polen und Deutschland bilateral geführt, wobei der Prozess u.a. durch ein Analysepapier von Germanwatch unterstützt wird. Eine Einigung könnte Polen den Übergang zu höheren Klimaschutzzielen erleichtern

und gleichzeitig der EU die Möglichkeit geben, mit ambitionierten Klimaschutzzielen nach Doha zu reisen. Das ist entscheidend, da gerade die besonders verletzlichen Regionen und vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten auf ein ambitioniertes europäisches Klimaschutzziel warten.

Zugleich ist eine Zielerhöhung ganz maßgeblich für die weitere Zukunft des europäischen Emissionshandels, der bei den eingebrochenen CO₂-Preisen so gut wie keinen Anreiz für Investitionen mehr liefert und dessen Erlöse der Versteigerung von Emissionserlaubnissen auch bei weitem unter den Erwartungen liegen, so dass diese nicht als Instrument für die Finanzierung nationaler und europäischer Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Eine Erhöhung des Klimaschutzziels hätte eine direkte Wirkung auf den Markt und würde die Zertifikatepreise wieder auf ein Niveau bringen, das Investitionen für den Klimaschutz auslöst und die gewollte Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen Technologien ausübt.



Germanwatch hat sich zusammen mit anderen Organisationen mit einer Kampagne in die Debatte um eine 30%ige CO₂-Reduktion in Europa eingebracht.

Grafik: Kampagnenmotiv von Johanssen + Kretschmer

Die Ziele der EU-Staaten im internationalen Vergleich: Klimaschutz-Index 2012

Der von Germanwatch in Kooperation mit CAN-Europe veröffentlichte und von der Barthel-Stiftung unterstützte Klimaschutz-Index ist mittlerweile zu einer festen Größe auf den UN-Klimaverhandlungen und in den Medien geworden. Er wurde auf dem UN-Klimagipfel von Durban im Dezember 2012 von Jan Burck, Christoph Bals (Germanwatch) und CAN-Europe, einem europäischen Netzwerk von Klimaschutzorganisationen, auf einer internationalen Pressekonferenz vorgestellt – derweil zum siebten Mal mit großer Resonanz (s.u.). Der Index zeigt, dass die EU ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz schrittweise aufgibt und die Welt nicht auf dem Pfad ist, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden.

In mehr als 100 Staaten wurde über sein Erscheinen berichtet. Eine Reihe von Regierungen – meist die Umweltminister – suchten das Gespräch, wie sie in Zukunft eine Besserplatzierung erreichen könnten.

Auch der damalige deutsche Umweltminister Norbert Röttgen erwähnte Deutschlands sechsten Platz im Klimaschutz-Index in einer Rede auf der Klimakonferenz in Durban. Einerseits forderte er für Deutschland eine bessere Platzierung, da die beiden EU-Länder vor Deutschland – Schweden und Großbritannien – schon stark deindustrialisiert seien. Andererseits akzeptierte er, dass kein Land genug unternimmt – auch Deutschland nicht – um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden und dass deshalb die ersten drei Plätze frei bleiben.

Der Klimaschutz-Index wurde dieses Jahr im Monat seiner Veröffentlichung fünfmal öfter heruntergeladen als noch im Jahr davor (auf die englische Fassung gab es im vorherigen Jahr etwa 20.000 Zugriffe, in diesem über 94.000).⁴

⁴ Technischer Hinweis: Beide Zahlen beinhalten sogenannte "Reload-Effekte", d.h. sie sind nicht gleichzusetzen mit Downloads. Vermutlich ist dieser Effekt in beiden Jahren ähnlich hoch, so dass wir tatsächlich davon ausgehen, dass die weltweite Aufmerksamkeit abermals erheblich gestiegen ist.

Politische Bewertung der Ergebnisse des Klimaschutz-Indexes

Fast alle der befragten Experten schätzen die Bemühungen ihrer jeweiligen Regierung als nicht ausreichenden Beitrag ein, um das Zwei-Grad-Limit zur Vermeidung eines im großen Maße gefährlichen Klimawandels nicht zu überschreiten. So bleiben die ersten drei Plätze des Indexes auch 2012 wieder unbesetzt. Die Plätze vier bis sieben gehen an Schweden, Großbritannien, Deutschland und Brasilien. Insgesamt aber zeigt sich, dass die EU und mit ihr assoziierte Staaten ihre Vorreiterrolle verloren haben. Polen, Kroatien und die Türkei trüben das europäische Gesamtbild durch besonders schlechte Positionen im Gesamtranking. Die Schlusslichter im Gesamtergebnis bilden Kasachstan, Iran und Saudi-Arabien.

Deutschland hat aufgrund seines neuen Energiekonzepts sowie eines relativ guten Emissionstrends eine bessere Bewertung der nationalen Politik erhalten, was zu einem Aufstieg im Ranking von Platz 7 auf Platz 6 geführt hat. Mit dem Atomausstieg und dem gleichzeitigen Beibehalten der vergleichsweise hohen Klimaschutzziele kann der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien fortgesetzt werden. Deutschlands Emissionsniveau ist aber noch zu hoch, um eine Spitzenplatzierung erreichen zu können. Ohne stärkere Maßnahmen, die unter anderem eine Steigerung der Energieeffizienz beinhalten müssten, können die geplanten Emissionsreduktionen nicht erreicht werden.

Besorgniserregend ist, dass sich die Abhängigkeit von Kohle – und damit auch die Emissionen – weltweit noch gesteigert hat. Fünf der größten Emittenten, Iran (Platz 60), China (57), Russland (56), Kanada (54) und USA (52), bekamen die Note 'sehr schlecht'. China ist in dieser Gruppe das einzige Land mit einer guten Politikbewertung. Der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien, die Energieeffizienz-Ziele sowie die Ausweisung von Low-Carbon-Development-Zonen für 300 Mio. Menschen im Rahmen des zwölften 5-Jahres-Plans könnten China helfen, in den kommenden Jahren Plätze gut zu machen.

Die aktuellen Ergebnisse und weitere Tabellen, Karten und Abbildungen sind unter www.germanwatch.org/ksi zu finden.

Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland

Flaschenhals Stromnetze

Der Energie- und insbesondere der Stromsektor ist der erste Sektor, der sich jetzt – um den Klimawandel zu bekämpfen und die Rohstoffabhängigkeit zu reduzieren – grundlegend transformieren muss. Die Beschlüsse der Bundesregierung vom Sommer 2011 zum Atomausstieg und zur Energiewende haben hier einen wichtigen Grundstein gelegt.

Auf dem Weg hin zu nahezu 100% Erneuerbare Energien ist ein erheblicher Um- und Ausbau der Stromnetze in Deutschland als auch europaweit notwendig. Bereits jetzt müssen an immer mehr Tagen im Jahr Windräder aus dem Wind gestellt werden, da der Strom nicht dorthin geliefert werden kann, wo er benötigt wird. Mit Katja Rottmann ist es uns gelungen, in der politischen Debatte zum Netzausbau in Deutschland und der EU eine ständig sichtbarere Rolle zu spielen – vor allem im Rahmen eines von SEFEP (Smart Energy for Europe Platform) finanzierten Projekts.

In Deutschland wurde 2011 eine neue gesetzliche Basis für den Netzausbau geschaffen. Der Netzausbau in Deutschland soll beschleunigt und gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger früher und besser in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dies stimmt prinzipiell überein mit den Ergebnissen einer Studie, die Germanwatch gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen und DAKT e.V. veröffentlicht hat⁵: Wichtiges Ergebnis ist auch hier, dass die Bürgerbeteiligung bereits in einem sehr frühen Stadium ansetzen muss, in dem noch Alternativen diskutiert werden können.

Germanwatch ist beim Thema Stromnetze in verschiedenen Allianzen aktiv – etwa im Steuerkreis des Forum Netzintegration der Deutschen Umwelthilfe sowie durch Christoph Bals im Vorstand der Renewables Grid Initiative (RGI), einem Zusammenschluss von NGOs und Übertragungsnetzbetreibern auf europäischer Ebene. Die mit der RGI erarbeitete „European Grid Declaration on Electricity Net-

⁵ Abrufbar unter: <http://germanwatch.org/de/4475>

work Development and Nature Conservation“ konnte die Debatte um sinnvolle Formen des Netzausbaus in Brüssel⁶ maßgeblich beeinflussen.

In der Kooperation mit der Initiative 2° konnte Germanwatch mit Susan Weide und Alexander Ebert verschiedene der Anläufe konstruktiver Wirtschaftsakteure mitgestalten, klare Signale für die Umsetzung der Energiewende sowie zur Verschärfung des EU-Klimaziels zu geben.

Vom Beschluss zu Gesamtkonzept und Umsetzung

Germanwatch konnte durch Klaus Milke, Christoph Bals und verschiedene Teammitglieder bei hochrangigen Anhörungen, Gesprächen im Kanzleramt, Umweltministerium und mit den verschiedenen Fraktionen, bei Hintergrundgesprächen mit Wissenschaft und Unternehmen sowie Gewerkschaften auf eine Umsetzung der Energiewende drängen. In der derzeitigen Phase wird die Umsetzung der Energiewende einerseits von Umwelt- und Wirtschaftsministerium, andererseits von Bund und Ländern mit zum Teil extrem widersprüchlichen Konzepten vorangetrieben. Germanwatch unterstützt daher u.a. die von verschiedenen Stiftungen vorangetriebene Agora Energiewende (www.agora-energiewende.de), die hier das leisten soll, was eine gut aufgestellte Bundesregierung tun würde: Grundlagen für einen einheitlichen Rahmen und eine wirkungsvolle Umsetzung zu schaffen.



Der Um- und Ausbau der Stromnetze gehört zu den größten Herausforderungen der Energiewende. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass dies in der für die Energiewende nötigen Weise geschieht – und dass dieser Prozess transparent und partizipativ gestaltet wird. Nur so lässt sich eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die notwendigen Veränderungen gewinnen.
Foto: Germanwatch / Gerold Kier

Von der Energie- zur Verkehrswende: 50% Umweltverbund bis 2050

Der Stromsektor ist das Flaggschiff der Energiewende. Einer der weiteren strategisch zentralen Sektoren ist der Verkehrssektor. Im Rahmen eines seit April 2012 durch die Mitarbeiter der Deutschen Telekom geförderten Projekts lenkt Germanwatch – die Federführung hat Klima- und Verkehrsreferent Dr. Manfred Treber – den Blick auf „Die Rolle des öffentlichen Verkehrs in einer sich verändernden Welt“.⁷ Eine Vielzahl von Gründen spricht für eine verstärkte Rolle des öffentlichen Verkehrs in Deutschland: der Klimawandel, die Knappheit an konventionellem Öl, die zunehmende Zahl alter Menschen, die Revitalisierung von Stadtkernen, die Möglichkeiten der IT-Technik und die Kombination mit Elektromobilität. Für eine stärkere Rolle von Fahrrad und Fußgängern spricht etwa auch der Gesundheitsschutz.

Dr. Manfred Treber stellte auf dem 16. Workshop "Fahrgast, Umwelt & Verkehr" der Deutschen Bahn AG (14. und 15. Juni 2012 in Potsdam) die grundlegenden Gedanken des Konzeptes ‚50/50 – 2050‘ (50% Marktanteil des Umweltverbundes im Jahr 2050) vor. In einer Fishbowl-Diskussion diskutierte er dazu u.a. mit Dr. Rüdiger Grube, dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG.

Treber vertritt Germanwatch auch im Netzwerk Solidarische Mobilität (solimob) und in der Mobilitätsrunde der Klima-Allianz, welche sich für das Thema Dienstwagenprivileg⁸ als zentrales Kampagnenthema entschieden hat.

⁶ Abrufbar unter: <http://renewables-grid.eu/documents/eu-grid-declaration.html>

⁷ <http://germanwatch.org/de/4974>

⁸ <http://germanwatch.org/de/4790>



Dr. Manfred Treber (Germanwatch) und Dirk Flege (Allianz pro Schiene) diskutieren mit DB AG-Chef Dr. Grube während einer Veranstaltung in Potsdam, Juni 2012. Foto: Dörte Bernhardt

Die internationale Bedeutung der Energiewende

International wird die deutsche Energiewende mit großem Interesse – von Irritation bis hin zum möglichen Vorbildcharakter – betrachtet. Während die deutschen Emissionen global kaum ins Gewicht fallen, hat die Ausstrahlung einer erfolgreichen – aber auch einer scheiternden – Energiewende weltweite Bedeutung.

Bei den UN-Klimaverhandlungen hat Germanwatch – in Kooperation mit der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit – verschiedene Hintergrundgespräche mit Delegierten insbesondere aus Schwellenländern durchgeführt, um die Ziele, Zwischenergebnisse und Herausforderungen der Energiewende gut zu kommunizieren.

REN-21 Forschungsleitung für die Region Westeuropa

Am 11. Juni veröffentlichte REN21 (Renewable Energy Policy Network for the 21st Century) den „Renewables 2012 Global Status Report“⁹, der einen umfassenden Überblick über den globalen Status von Erneuerbaren Energien gibt. Weltweit waren 400 Experten an der Erstellung des Berichts beteiligt, darunter ein fünfköpfiges, von Jan Burck koordiniertes Germanwatch-Team, das die Forschungsleitung für die Region Westeuropa übernahm. Der Bericht liefert wichtige Daten zu Fortschritten von Erneuerbaren Energien (so decken sie heute bereits ca. 17% des globalen Energieendverbrauchs ab) und entsprechende politische Maßnahmen in den verschiedenen Ländern. Somit liefert der Report – der weltweit meistzitierte Bericht zu Erneuerbaren Energien – neben der Fortschrittsmessung auch eine wichtige Basis für progressive politische Entscheidungsträger, die den Ausbau von Erneuerbaren Energien weiter vorantreiben wollen.



Investitionen für die Umsetzung der Klimaziele und Energiewende mit der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU verknüpfen

Seit dem Jahr 2009 wurde immer deutlicher, dass sich die notwendige transformative Energie- und Klimapolitik in der EU nur durchsetzen lässt, wenn dies gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung der EU-Wirtschaftskrise leisten kann. Ein wichtiger Schlüssel liegt darin, Investitionen für den Klimaschutz – im Gebäudebereich und etwa für die Stromnetz- und Schieneninfrastruktur – deutlich auszubauen.

Wo möglich haben wir diesen Aspekt bei unserer Projektarbeit berücksichtigt. So haben wir etwa die Rolle verschärfter Klimaziele und damit höherer Preise im EU-Emissionshandel als Anstoß für zusätzliche Investitionen herausgearbeitet, die Anreize höherer Erlöse aus der Versteigerung im Rahmen des

⁹ <http://germanwatch.org/de/4862>

EU-Emissionshandels für zusätzliche Investitionen insbesondere im Wärmeschutz des Gebäudebereichs sowie die Möglichkeiten mit den Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer dementsprechende Investitionen loszutreten, betont.

Germanwatch hat basierend auf einem eigenen Diskussionspapier¹⁰

- einen High-Level-Workshop im BMU gemeinsam mit Prof. Carlo Jaeger (Global Climate Forum; Vorstandsmitglied von Germanwatch) und Staatssekretärin Heinen-Esser (BMU) organisiert,
- für eine Green Economy Konferenz des BMBF ein Panel mitgestaltet und
- gemeinsam mit dem Global Climate Forum einen dreijährigen Projektantrag an das BMBF vorbereitet.

Auf europäischer Ebene kann auch der Netzausbau einen Beitrag zur Krisenbekämpfung leisten. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass im künftigen Haushalt der EU von 2014-2020 genügend Spielraum für grüne Investitionen bleibt, zum Beispiel im Rahmen der „Connecting Europe Facility“, durch die auch ein Teil des Ausbaus europäischer Stromnetze finanziert werden soll.

Ausblick

Das Team "Deutsche und EU-Klimapolitik" wird weiter an den drei Ebenen arbeiten:

- Ziele für Klima, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf EU-Ebene,
- Umsetzung der Energiewende und Agenda Setting für eine Verkehrswende in Deutschland,
- Investitionen, die die Transformation vorantreiben und die Krise der EU bekämpfen.

Mit den Bundestagsparteien führen wir Dialoge, um zu erreichen, dass sie für die kommende Legislaturperiode ambitionierte Ziele in ihre Wahlprogramme aufnehmen und dass die künftigen Regierungsparteien diese dann auch im Koalitionsvertrag verankern. Auch mit konstruktiven Unternehmen, Teilen der Gewerkschaften und Akteuren aus dem breiten Spektrum der Klima-Allianz werden wir in dieser Richtung intelligente und zum Teil ungewöhnliche Koalitionen aufbauen.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Germanwatch-Bildungsarbeit

Die Germanwatch-Bildungsarbeit ist daran orientiert, den vom Klimawandel, Unterernährung oder Menschenrechtsverletzungen besonders betroffenen Menschen – insbesondere in Ländern des Südens – ein Gesicht und eine Stimme zu geben, die in der Politik und beim Umbau hin zu einer grünen und fairen Wirtschaft gehört wird. Schwerpunkte der Germanwatch-Bildungsarbeit waren wie auch in den letzten Jahren die Durchführung sowie Weiterentwicklung der Germanwatch Klimaexpedition. Obwohl mit jeweils etwa 370 Tagen in 2011 und 2012 vier Geoscopia-MitarbeiterInnen regelmäßig in Schulen unterwegs waren, konnte die wachsende Nachfrage nicht gedeckt werden. Trotz einer Diversifizierung der Förderer (darunter Lightcycle, die Umweltministerien der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen sowie die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen) ist eine nachhaltige Finanzierung der limitierende Faktor für einen Ausbau der Klimaexpedition. Die Bausteine "Energie- und Ressourcenexpedition" und "Ernährungsexpedition" konnten weiterentwickelt werden (u.a. mit Unterstützung des BMU/UBA) und sind in vielen Fällen integrale Bausteine der Präsentation der Germanwatch Klimaexpedition. In 2012 ist die Germanwatch Klimaexpedition vom Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE), einem Beratergremium der Bundesregierung in Nachhaltigkeitsfragen, als Werkstatt-N Projekt 2012 anerkannt worden. Werkstatt N ist ein Qualitätssiegel, das Ideen und Initiativen aus Deutschland auszeichnet, die den Weg in eine nachhaltige Gesellschaft wei-

¹⁰ EU-Krise: Zukunftsperspektive durch eine Investitionsstrategie für die Große Transformation (Oktober 2011), <http://germanwatch.org/de/download/737.pdf>

sen. Am 25.6. konnte sich die Germanwatch Klimaexpedition den ca. 1.200 TeilnehmerInnen auf der Jahrestagung des Rates für nachhaltige Entwicklung im Hauptprogramm präsentieren.



Auf der Verleihung am 16.3.12: Charlotte Cuntz und Nils Witt (Germanwatch) bekommen das Qualitätssiegel "Werkstatt N" des Rates für Nachhaltige Entwicklung von NRW-Umweltminister Johannes Remmel und der RNE-Vorsitzenden Marlehn Thieme (links und rechts außen) überreicht. In der Mitte auf dem Bild: Präses Alfred Buß (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW).

Foto: Andreas Duderstedt, EkvW

Weiterhin waren Vorträge, Multiplikatorenschulungen und die Beratung von Verbänden Teil der Germanwatch-Bildungsarbeit. Herauszuheben ist hier die Beratung der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) mit der gemeinsam entwickelten Kampagne "Our World – Our Challenge". Höhepunkt der Begleitung der DPSG-Jahresaktion war der Aufbau eines Bewertungs- und Erfassungssystems von "ClimateActionPoints" für Klimaschutzaktionen von PfadfinderInnen und Pfadfindergruppen und die gemeinsame Teilnahme mit südafrikanischen Pfadfindern an den UN-Klimaverhandlungen in Durban¹¹. Eine besonders wissbegierige und motivierte Zielgruppe sind die RückkehrerInnen des Weltwärts-Programms. Mit den Erfahrungen aus den Ländern des Südens suchen Weltwärts-RückkehrerInnen oft für sie passende Formen des Engagements in Deutschland. Bei verschiedenen Trägern konnten Germanwatch-Inhalte zumeist in der Nachbereitung ihrer Auslandsaufenthalte eingebracht werden.

Seit 2010 berät Germanwatch die internationale Jugendinitiative Youthinkgreen¹². Jugendliche aus elf Ländern werden hier zu Klimabotschaftern ausgebildet. SchirmherrInnen sind Angela Merkel, Christina Figueres und Hans-Gert Pöttering. Germanwatch unterstützt das Projekt beratend und mit Beiträgen auf nationalen und internationalen Schulungsveranstaltungen. Bei den UN-Klimagipfeln – zuletzt in Durban, demnächst in Katar – sowie auf dem Rio20+-Gipfel begleiteten Stefan Rostock, Rixa Schwarz und Christoph Bals die SchülerInnen unter anderem aus Brasilien, Ägypten und Deutschland inhaltlich in regelmäßigen Treffen mit kleinen Lerneinheiten sowie bei ihren Terminen mit Umweltminister Peter Altmaier und Entwicklungsminister Dirk Niebel. Zu ihrem eigenen Side Event war Stefan Rostock als Panelist geladen. Bereits im Vorfeld hatte Germanwatch die gesamte Schülergruppe – 170 SchülerInnen aus insgesamt 10 Ländern – insbesondere bei der Jugendklimawoche in Wolfsburg aktiv unterstützt.

Ende April 2012 hatte Germanwatch im Rahmen der von „youthinkgreen – jugend denkt um.welt“ organisierten Internationalen Jugend-Klimawoche bei VW in Wolfsburg mehrere Veranstaltungen mit dem Politischen Geschäftsführer Christoph Bals, Vorstandsmitglied Tilman Santarius, Verkehrs- und Klimareferent Dr. Manfred Treber sowie dem Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung Stefan Rostock mitgestaltet. Germanwatch-Projektmitarbeiterin Charlotte Nelles (unterstützt von Linos Xanthopoulos) organisierte einen Workshop, in dessen Abschlussrunde die SchülerInnen Forderungen an die deutsche Verkehrspolitik formulierten.

Über Stefan Rostock nimmt Germanwatch die Rolle des NRW-Fachkoordinators Klima und Entwicklung wahr¹³. Dabei unterstützt Germanwatch – mit Förderung des Landes NRW – Initiativen, Gruppen von Ehrenamtlichen, Verbände in NRW sowie die NRW-RegionalkoordinatorInnen in ihrer Nord-Süd-Arbeit. Über die Beteiligung an einem Online-Konsultationsprozess sowie durch die aktive Teil-

¹¹ <http://www.dpsg.de/aktionen/jahresaktion2011/>

¹² <http://www.youthinkgreen.org>

¹³ <http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/216/>

nahme an Podiumsdiskussionen wurde an der Entwicklung einer neuen NRW-Eine-Welt-Strategie mitgewirkt. Der entstandene Entwurf wurde auf der 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik (30.-31.01.2012) von Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren vorgestellt. Ergänzungen werden derzeit in der Staatskanzlei NRW eingearbeitet.

Germanwatch unterstützt die Jugendklimakampagne des Eine Welt Netzes NRW "Heiße Zeiten" mit Kurzvorträgen auf den Planungstreffen und Workshops auf den Heiße-Zeiten-Foren sowie auf dem jährlichen Klimacamp im Bereich des NRW-Braunkohletagebaus.

Das Eine Welt Netz NRW hat sich in den letzten Jahren für eine bundesweite Ausweitung des Koordinatorenprogramms eingesetzt. Nach erfolgreichen Verhandlungen mit dem BMZ ist der Weg für die Einführung eines bundesweiten Koordinatoren- bzw. Promotorenprogramms geebnet. Die NRW-KoordinatorInnen unterstützen die sowohl NRW-interne wie auch bundesweite inhaltliche Ausrichtung mit einem Diskussionsprozess zur Herausforderung einer Großen Transformation¹⁴ für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Germanwatch hat hierzu erste Diskussionsvorlagen erstellt und Workshops durchgeführt.

Das Eine Welt Netz NRW führt einen eigenen, internen Strategieprozess durch, in den die Ergebnisse der Diskussionsveranstaltungen des Projektes "Vision 2030" einfließen. Germanwatch war an dem abgeschlossenen Projekt "Vision 2030" beteiligt und bringt sich gegenwärtig in die laufende interne Strategieentwicklung ein.

Mit Bentje Woitschach konnte das Bildungsteam im Juni 2012 auf eine zweite bei Germanwatch in Bonn angesiedelte Stelle erweitert werden. Zu ihrem Arbeitsbereich gehören die Betreuung der in Kooperation mit Geoscopia durchgeführten Germanwatch Klimaexpedition, die Unterstützung des laufenden internationalen NGO-Dialogprojektes (siehe unten) sowie die Mitarbeit in einem vom BMZ geförderten Projekt zur Bildungsarbeit zu Klima und Entwicklung (siehe weiter oben).

NGO Dialogue on Transformation

Seit März 2012 organisiert Germanwatch das internationale NGO Dialogprojekt "Dialogue on Transformation". Ziel ist die Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlichen Strategien in den Schnittstellen der Bereiche Klimawandel und Zugang zu Energie sowie Landwirtschaft und Recht auf Nahrung. Das Projekt wird von einem internationalen Leitungskreis beraten, dessen erstes Treffen in Rio de Janeiro während der UN-Konferenz (Juni 2012) stattfand.

Am 1./2. November 2012 wird in Bonn eine internationale Strategiekonferenz der Zivilgesellschaft stattfinden, deren Ergebnisse am 3./4. November mit Südvertretern aus Schwerpunktländern in die konkrete Strategieentwicklung und Kampagnenplanung einbezogen werden. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator finanziert. Weitere Informationen zum Dialogprojekt unter: www.dialogue-on-transformation.org.



Am 1. August 2012 ging die neue Website "Dialogue on Transformation" www.dialogue-on-transformation.org online. Hier finden sich Informationen rund um den internationalen Dialogprozess und die NGO-Konferenz zur Großen Transformation, die vom 1.-2. November 2012 in Bonn stattfindet.

Ausblick

Auch in 2013 wird die Germanwatch Klimaexpedition – zunehmend auch als Rohstoffexpedition – bundesweit an Schulen präsent sein. Ein Teil der Aufgaben des Bildungsteams wird die Qualitätssicherung und Aktualisierung des Programms sowie die Gewinnung neuer Förderer sein.

¹⁴ siehe hierzu: WBGU-Hauptgutachten 2011 "Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/>

Zur Beratung von Jugendverbänden wird im Herbst 2012 eine Veranstaltung mit Hauptamtlichen aus Jugendverbänden zu den bildungspolitischen Herausforderungen einer Großen Transformation durchgeführt. Ziel ist es, Germanwatch enger in die Kampagnenkonzeption einzubinden. Im März 2013 findet eine Kooperationsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung NRW und der Natur- und Umweltschutzakademie NRW statt. Die Zielgruppe sind Umweltbildner aus NRW. Das Bildungsteam wird dort mit einem Vortrag und als Diskussionspartner vertreten sein. Auch bei der Fortführung der Tätigkeit als NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung steht die Beratung der Regional KoordinatorInnen, des Eine Welt Netz NRW und der Verbände in NRW zum Thema Klimawandel und Große Transformation im Zentrum. Die Erfahrungen werden auch in die anderen Landesnetzwerke eingebracht.

Mit Youthinkgreen ist eine Beratung bei der UN-Klimakonferenz in Doha, Katar sowie Vorträge und Beratung bei der internationalen Konferenz im Mai 2013 in Berlin vereinbart. Derzeit wird von Youthinkgreen und Germanwatch ein Wettbewerb zur künstlerischen Aufarbeitung der großen Herausforderungen des UN-Klimaprozesses vorbereitet.

Nach der internationalen Konferenz im November streben wir eine Fortsetzung des bzw. ein Follow-up zum internationalen NGO-Dialogprojekt zur Großen Transformation an.

Welternährung, Landnutzung und Handel

Im Rahmen der Organisationsentwicklung wurde der bisherige Bereich Welthandel und Ernährung, zum Team Welternährung, Landnutzung und Handel weiterentwickelt. Neben Tobias Reichert und Marco Klemmt gehört nun Kristin Gerber zum Team, die bislang mit ihrem Arbeitsfeld REDD (Reduction of Emissions from Deforestation and Land Degradation, Senkung der Emissionen aus Entwaldung und Flächendegradation) dem Themenbereich Internationale Klimapolitik zugeordnet war. Hintergrund ist die Tatsache, dass Landwirtschaft mit Abstand der wichtigste Treiber der Entwaldung ist, vor allem in Entwicklungsländern – und entsprechend die bedeutenden Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft zu einem großen Teil durch Landnutzungsänderungen wie Entwaldung entstehen. Wir sehen daher große Synergien in der Arbeit zu beiden Themenbereichen. In künftigen Projekten wollen wir diese Schnittstellen weiter in den Fokus unserer Arbeit rücken.

Entsprechend beteiligte sich das Team aus unterschiedlichen Perspektiven an der Debatte über eine "grüne und faire Wirtschaft". Einen zentralen Aspekt bildete dabei die Landwirtschaftspolitik, insbesondere der Reformprozess der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Bei dem im Dezember 2011 abgeschlossenen Projekt "Jetzt handeln" und dem im April 2012 neu begonnenen Projekt "Kohärenz umsetzen" arbeiten wir dazu wieder mit unserem langjährigen Partner Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zusammen. Beide Projekte werden bzw. wurden maßgeblich vom BMZ gefördert und u.a. durch Mittel der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit kofinanziert.

Nach Aussage des EU-Agrarkommissars Ciolos soll die GAP "grüner und gerechter" werden. Die internationale Dimension bleibt dabei jedoch unterbelichtet. So will die Kommission sich die Möglichkeit erhalten, Exporte zu subventionieren. Die Bundesregierung fordert dagegen seit Anfang 2012 Exportsubventionen, ein großes Hindernis für den Aufbau tragfähiger Landwirtschaftsstrukturen in Entwicklungsländern, endgültig abzuschaffen. Diese längst überfällige Positionsänderung ist ein wichtiger Lobbyerfolg für Germanwatch und andere entwicklungspolitische Gruppen. Sollte sich die Bundesregierung damit in der EU durchsetzen, wäre ein für die besonders verletzte Gruppe der Kleinbauern und Viehhalter in Entwicklungsländern sehr schädliches Instrument beseitigt. Bezüglich einer stärkeren Ausrichtung der übrigen Subventionen – bei denen es um sehr viel größere Summen geht – bremst die Bundesregierung dagegen. Sie setzt weiterhin auf den Export von Fleisch und Milchprodukten, die "konkurrenzfähig" produziert werden sollen, was den zunehmenden Einsatz von importierten Futtermitteln – vor allem Soja – erfordert. Auf die Folgen dieser Strategie für Milchbauern in Afrika und der EU weist unsere Ausstellung "MenschMachtMilch" hin. Sie hat sich zu einem unerwartet großen Erfolg entwickelt, so dass mittlerweile fünf Kopien verliehen werden – und für 2012 fast

durchgehend ausgebucht waren. Der Zusammenhang zu Futterimport und Klimaschutz wird in einer ergänzenden Broschüre vertieft, die gerade erstellt wird, und die auch auf Fleischproduktion eingeht.

Die gemeinsam mit zahlreichen Organisationen im November in Berlin veranstaltete Konferenz "Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen" ging in zahlreichen gut besuchten Workshops auf die Umwelt- und Entwicklungsprobleme der intensiven, exportorientierten Fleisch- und Milchproduktion ein. Die Ergebnisse der Tagung und die Kontakte zu den Mitveranstaltern bildeten eine Grundlage für ein im Frühjahr 2012 federführend von Germanwatch erstelltes Positionspapier, das von zwanzig Umwelt-, Entwicklungs- und Bauernorganisationen unterstützt wird. Es entwickelt Vorschläge wie die Probleme der Fleisch- und Milchproduktion durch Reformen der EU-Agrar- und Handelspolitik adressiert werden können. Tagung und Papier wurden im Rahmen des von BMU und UBA geförderten Projekts zu Handel, Umwelt und Klima erstellt. Das Papier wird nun als Argumentationsgrundlage in verschiedenen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten unterschiedlicher Fraktionen genutzt, die Interesse daran zeigten.



Die Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“ zur EU-Agrarpolitik und bäuerlichen Landwirtschaft in Nord und Süd tourt weiterhin erfolgreich durch ganz Deutschland.

Die Arbeit zu REDD konzentrierte sich vor allem auf die – nach Umfang und Art – strittige Finanzierung. Ausgehend von der Prämisse, dass keine ausreichenden öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen werden, um einen umfassenden Waldschutz zu finanzieren, wurden in einem von der US-amerikanischen Climate Works Stiftung geförderten Projekt Optionen eruiert, wie sich auch der Privatsektor konstruktiv beteiligen kann, ohne soziale und ökologische Kriterien zu unterminieren. Dabei wurde ausgeschlossen, REDD in den verbindlichen Emissionshandel zu integrieren, unter anderem wegen der einseitig auf CO₂ fokussierten Anreizstruktur und da dies einen noch stärkeren Verfall der Preise für Emissionsrechte zur Folge hätte. Im Dialog mit Unternehmen wurde deutlich, dass grundsätzliches Interesse an möglichen Geschäftsmodellen in dieser Richtung besteht, dass die Unternehmen aber derzeit keine eigenen finanziellen und personellen Ressourcen einsetzen wollen, um sie mit zu entwickeln. Daraufhin entwickelte Germanwatch ein Konzept für eine eigene Expertenstudie zum Thema, die noch 2012 fertig gestellt und auch vom Umweltministerium genutzt werden soll, das sich maßgeblich an der Finanzierung beteiligt. Nach der Rückkehr von Kristin Gerber aus der Elternzeit, Ende 2013, soll sich die Arbeit zu REDD stärker auf die Treiber der Entwaldung konzentrieren und damit auch größere Synergien zur Arbeit des Teams zu Landwirtschaft ermöglichen.

Die Arbeit zur internationalen Handelspolitik spielt eine sehr viel geringere Rolle in der Arbeit des Teams als noch vor einigen Jahren, was sich auch im Teamnamen widerspiegelt. Hauptgrund dafür ist, dass auch die multilaterale Handelspolitik – ähnlich wie die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik – weitgehend blockiert ist. Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO ist so festgefahren, dass bei der letzten Ministerkonferenz im Dezember 2011 in Genf nicht einmal versucht wurde, einen Prozess zu starten, der zu einem Abschluss führen könnte. Allerdings ist die Ausgangslage eine völlig andere als bei der internationalen Klimapolitik. Zum einen besteht mit der WTO bereits ein effektives Regelwerk, das einen weitgehend freien Welthandel sichert. Eine noch weitere Liberalisierung wie in der Doha-Runde vorgesehen, würde den umwelt- und entwicklungspolitischen Spielraum vieler Länder –

zum Beispiel in der Landwirtschaftspolitik – noch weiter einschränken. Angesichts dieser Stoßrichtung der Doha-Runde ist ihr Scheitern aus Nachhaltigkeitssicht eher positiv zu bewerten. Allerdings bleibt so auch der nicht nachhaltige Staus quo unverändert, der in vielen Sektoren, gerade auch beim Agrarhandel, ebenfalls Probleme verursacht. Eine ausführliche Analyse der Doha-Runde und der Gründe für ihr Scheitern hat Germanwatch zusammen mit dem eed und dem Forum Umwelt und Entwicklung im Frühjahr 2012 vorgelegt¹⁵.

Angesichts der Blockade in der WTO wenden sich viele Länder, auch die EU, bilateralen Handelsabkommen zu. Hier gibt es zwar einzelne Vereinbarungen, meist verzögern sich die Verhandlungen aber aufgrund derselben Konflikte, die auch in der WTO nicht gelöst werden können. So zeichnet sich weder in den Verhandlungen der EU mit Indien noch dem Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) oder den afrikanischen Ländern ein baldiger Abschluss von Freihandelsabkommen ab. Ein grundlegend neuer Ansatz in der Handelspolitik, der nicht einseitig auf Liberalisierung setzt, sondern Handelsregeln als Teil eines globalen ökologischen und sozialen Ordnungsrahmens gestalten will, zeichnet sich nicht ab. Um zumindest im deutschen Kontext schon einmal die Diskussion darüber zu beginnen, findet am 28.9.2012 in Berlin die Tagung "Grüner Handel – Rosige Zeiten?" statt, die Germanwatch mit PowerShift und dem Forum Umwelt und Entwicklung als Abschluss des Projekts zu Handel, Umwelt und Klima ausrichtet.

Ausblick

Aus verschiedenen Aspekten werden wir das Recht auf Nahrung in einer begrenzten Welt vorantreiben. Wir werden die Schnittstellen herausarbeiten zwischen Landnutzungsänderungen der Land- und Forstwirtschaft. Insbesondere gehen wir dabei dem Problem einer immer stärker als Treiber der Abholzung wirkenden Landwirtschaft nach, die ihrerseits zunehmend von Knappheit, Wetterextremen und Konflikten zwischen "Tank, (Futter-)Trog und Teller" dominiert ist. In den kommenden Monaten wird auch die Beeinflussung der EU-Agrarreform in Richtung Nachhaltigkeit aus entwicklungspolitischer und ökologischer Sicht unseren Einsatz fordern. Dabei wird ein Umsteuern der Tierproduktion zu mehr Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielen. Wir werden auch international interessante Reformansätze unterstützend verfolgen. Das Mandat von Rio für das Committee on World Food Security, nationale Prozesse auf den Weg zu bringen, die nachhaltige Ernährungssicherung und Umbau der Landwirtschaft kombinieren sollen, bietet hier interessante Anknüpfungspunkte.



Im Oktober 2011 veröffentlichte Germanwatch die Studie "Saumagen und Regenwald" zu den Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot.¹⁶

¹⁵ <http://germanwatch.org/de/4330>

¹⁶ <http://germanwatch.org/de/3398>

Unternehmensverantwortung

Das Thema Unternehmensverantwortung war im Berichtszeitraum durch zwei Debatten stark geprägt: einerseits durch die fortlaufende Diskussion um freiwillige oder verbindliche Ansätze für Unternehmensverantwortung, die insbesondere durch die neuen UN-Leitprinzipien sowie durch die CSR-Mitteilung der EU neue Impulse gewann – andererseits durch die Green-Economy-Debatte im Vorfeld des Gipfels von Rio. Germanwatch hat sich in beide Prozesse vor allem auf nationaler Ebene eingebracht.

Insgesamt konnte sich Germanwatch als zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur zu Unternehmensverantwortung in Deutschland weiter etablieren und durch öffentliche Veranstaltungen, Lobbyarbeit sowie Presse- und Öffentlichkeit die Debatten in Deutschland intensiv prägen.

Im Berichtszeitraum waren schwerpunktmäßig Cornelia Heydenreich und Johanna Kusch im Team Unternehmensverantwortung tätig. Darüber hinaus waren Katrin von Hagke sowie Susan Weide im Team verankert und vorwiegend an Schnittstellen zwischen dem Team Deutsche und Europäische Klimapolitik und Unternehmensverantwortung aktiv (zum Wirtschaftsdialog für den Klimaschutz sowie zu Klimafreundlicher Beschaffung). Neben den Hauptamtlichen im Büro haben sich insbesondere Klaus Milke und Michael Windfuhr aus dem Vorstand aktiv in die Diskussion um Unternehmensverantwortung eingebracht, v.a. im Rahmen des CSR-Forums sowie über den Lenkungskreis des Global Compact.

Projektzuschüsse erhielten wir von der Europäischen Union, dem Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und von Misereor. Darüber hinaus haben uns die Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und die Fondation des droits de l'Homme au travail finanziell unterstützt.

Intelligenter Mix aus Verbindlichkeit und Freiwilligkeit – für eine „Green and fair Economy“

Nachdem in den vergangenen Jahren das Freiwilligkeitsparadigma die Debatte um Unternehmensverantwortung dominierte, sind mit der ersten Säule der UN-Leitprinzipien die Staatenpflichten stärker ins Zentrum gerückt. Das Konzept eines „intelligenten Mix“ aus freiwilligen und verbindlichen Ansätzen löst den lähmenden Gegensatz von „nur Staat“ oder „nur Freiwilligkeit“ auf. Die Europäische Kommission griff in ihrer Mitteilung zur Corporate Social Responsibility (CSR) vom Oktober 2011 die UN-Leitprinzipien auf und überarbeitete das eigene Verständnis von CSR deutlich.

Bedauerlicherweise positionierte sich die Bundesregierung im November 2011 gegen das erweiterte Verständnis von CSR und lehnt es als „Abkehr vom Prinzip der Freiwilligkeit“ ab. Sie bremst einzelne konkrete Maßnahmen aus dem Aktionsplan der Kommission, vor allem die Einführung einer verbesserten Offenlegungs- und Transparenzpflicht für Unternehmen.

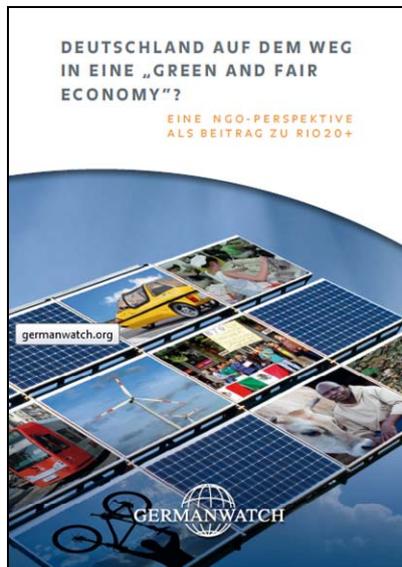
Germanwatch hat sich im Berichtszeitraum dafür eingesetzt, dass die fortschrittlichen Ansätze von internationaler und europäischer Ebene auch in Deutschland aufgegriffen werden. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Misereor und dem European Center for Constitutional and Human Rights sowie in Kooperation mit dem CorA-Netzwerk und dem Forum Menschenrechte haben wir im November 2011 die internationale Konferenz „ALLES WAS RECHT IST. Menschen – Staaten – Unternehmen“ veranstaltet, um die nationale und europäische Umsetzung der ersten und dritten Säule der UN-Leitprinzipien (1. Staatenpflichten sowie 3. Rechtzugang für Betroffene) zu konkretisieren.¹⁷

Gleichzeitig haben wir uns im Rahmen unserer Mitgliedschaft im CSR-Forum¹⁸, durch Lobby Schreiben an das federführende Bundesarbeitsministerium sowie durch Lobbyarbeit im deutschen Bundestag dafür eingesetzt, dass der schnellen und ablehnenden Positionierung der Bundesregierung ein differenzierter Akzent entgegengesetzt wird. Im CSR-Forum ist eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Hier haben wir insbesondere mit Transparency International Deutschland sowie der Verbraucherzent-

¹⁷ Konferenzdokumentation: <http://germanwatch.org/de/download/3711.pdf>

¹⁸ Das Nationale CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, darunter Germanwatch, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Januar 2009 bei der Entwicklung und Umsetzung einer Nationalen CSR-Strategie.

rale Bundesverband (vzbv) eng kooperiert¹⁹, aber auch mit unserem entwicklungspolitischen Dachverband VENRO sowie mit den Gewerkschaften. Am 30.8.2012 hat das CSR-Forum eine eigene Stellungnahme zur CSR-Mitteilung der EU-Kommission verabschiedet, die zwar als Kompromisspapier nicht alle unsere Auffassungen widerspiegelt, in der wir aber deutliche Akzente setzen konnten.



Deutschland auf dem Weg in eine "Green and Fair Economy"?
Mit diesem Hintergrundpapier lieferte Germanwatch als Beitrag zu Rio20+ eine NGO-Perspektive (Mai 2012).
Grafik: Dietmar Putscher

Ein Schwerpunkt der aktuellen Diskussion kreist um die von der EU-Kommission angekündigten Offenlegungspflichten für Unternehmen zu sozialen und ökologischen Aspekten. Hierzu haben wir einerseits die Positionierung innerhalb der Zivilgesellschaft, insbesondere im Rahmen des CorA-Netzwerkes, weiterentwickelt. Andererseits haben wir ein parlamentarisches Frühstück zu Offenlegungspflichten im deutschen Bundestag veranstaltet und die dort identifizierten interessierten Parlamentarier kontinuierlich mit weiteren Informationen und Kommentierungen versorgt. Durch zielgerichtete Medienarbeit (u.a. ein Bericht in der Sendung "Frontal 21" und eine ARD-Reportage mit Fokus auf Germanwatch – siehe auch Bericht Pressearbeit) haben wir eine breitere Öffentlichkeit informiert und hinsichtlich der bremsenden Position der Bundesregierung sensibilisiert.

Für die Umsetzung der UN-Leitprinzipien sind Fragen von Offenlegung und Transparenz allerdings zwar ein unerlässlicher, aber nicht ausreichender Schritt. Mit unseren europäischen Partnern von der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) sowie auf einer europäischen Konferenz in Kopenhagen während der dänischen Ratspräsidentschaft haben wir intensiv diskutiert, wie die Anforderung einer kohärenten Politik für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt werden kann. Wir speisen diese Überlegungen in die nationalen Diskussionen ein.

Zur weitgehend parallel laufenden Diskussion um eine Green Economy haben wir eine Brücke geschlagen von den Debatten um einen intelligenten Mix aus Rahmensetzung und freiwilligem Engagement für Unternehmensverantwortung. Mit Positionspapieren²⁰ und dem Schwerpunktartikel²¹ in der deutschen Fassung des diesjährigen „Bericht zur Lage der Welt“, den das Worldwatch Institute in Kooperation mit Germanwatch und der Böll-Stiftung veröffentlicht, sowie auf Podiumsdiskussionen im Vorfeld des Rio-20+-Gipfels haben wir unsere Überlegungen eingebracht. Wir haben die Rolle eines intelligenten Mixes von verbindlicher staatlicher Rahmensetzung und freiwilligen Aktivitäten von Unternehmen eingebracht und verdeutlicht, dass das Vorhaben einer Green Economy erweitert werden muss zu einer Green and Fair Economy.

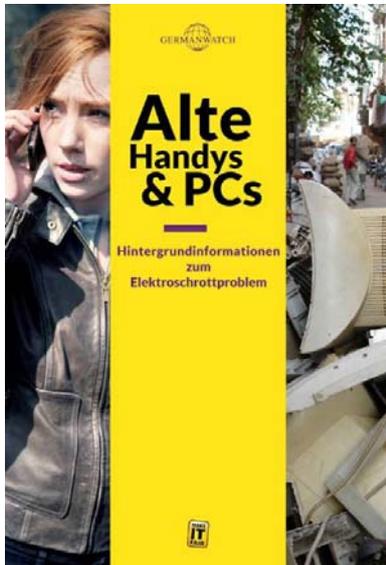
Am konkreten Beispiel der Elektronikindustrie haben wir im vergangenen Jahr die Entwicklungen kritisch reflektiert. Wir haben einerseits Verbesserungen bei Unternehmen identifiziert, aber immer

¹⁹ u.a. Gemeinsame Stellungnahme von Germanwatch, Transparency International Deutschland und Verbraucherzentrale Bundesverband zur CSR-Mitteilung der EU-Kommission vom 25.10.2011. <http://germanwatch.org/de/download/4302.pdf>

²⁰ u.a.: Deutschland auf dem Weg in eine "Green and Fair Economy"? <http://germanwatch.org/de/4142>

²¹ <http://germanwatch.org/de/4414>

wieder auch Grenzen des freiwilligen Engagements von Unternehmen festgestellt. Bezüglich der deutschen Mobilfunkanbieter haben wir dies in einer Folgestudie zu unserer ersten Erhebung vom Oktober 2009 untersucht. Eine internationale Konferenz des Projektes makeITfair und des Netzwerkes Good-Electronics hat im Mai 2012 mit den teilnehmenden Unternehmen Fragen von Gewerkschaftsfreiheit und existenzsichernden Löhnen diskutiert. Diese Diskussion war vor drei Jahren noch weitgehend abgewehrt worden.



Mit dem makeITfair-Handbuch "Alte Handys & PCs" gibt Germanwatch einen Überblick über Probleme und Lösungsansätze im Bereich Elektroschrott. Grafik: Bildargumente & Germanwatch

Die besonders Betroffenen im Blick

Die von unternehmerischem Fehlverhalten besonders Betroffenen stehen im Fokus unserer Aktivitäten. Auf europäischer Ebene haben wir über ECCJ das Thema Rechtszugang für Betroffene von Unternehmensunrecht im Rahmen der Reform der Brüssel-I-Richtlinie weiterverfolgt.

Ein wichtiges Instrument für Betroffene sind Beschwerdemechanismen, um sich bei unternehmerischem Fehlverhalten zu wehren. Das wichtigste internationale Instrument nichtjuristischer Art sind die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, deren Umsetzung und Anwendung wir seit vielen Jahren und auch im vergangenen Berichtsjahr begleitet haben. Mitte 2012 sind wir nach neunjähriger aktiver Mitarbeit aus dem Lenkungskreis des internationalen Netzwerkes OECD Watch ausgeschieden, das wir 2003 mitgegründet hatten. Wir werden aber weiterhin sowohl mit OECD Watch als auch auf deutscher Ebene zu den OECD-Leitsätzen aktiv sein.

Bei der Elektronikindustrie schauen wir im Rahmen des Projektes makeITfair auf die Auswirkungen der IT-Branche auf Entwicklungsländer – angefangen beim Rohstoffabbau von Metallen über die Produktionsbedingungen bei der Herstellung der Geräte bis zum Elektroschrott. Bezüglich der Vermeidung von Elektroschrott haben wir nicht nur die Überarbeitung der europäischen Elektroschrottrichtlinie begleitet, sondern auch in Kooperation mit Verbraucherzentralen eine Handreichung für VerbraucherInnen erarbeitet sowie ein ausführlicheres Handbuch für MultiplikatorInnen erstellt.²²

Ausblick

Die Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wird uns im kommenden Jahr intensiv beschäftigen. Die EU-Kommission hat alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, bis Ende 2012 einen nationalen Umsetzungsplan zu erarbeiten. Germanwatch hat gemeinsam mit Misereor dafür Vorschläge für das Prozedere entwickelt und wird in der Folge auch versuchen, die inhaltliche Ausgestaltung sinnvoll voranzutreiben, auch in Zusammenarbeit mit den NGO-Netzwerken CorA und Forum Menschenrechte.

²² <http://germanwatch.org/de/3368> und <http://germanwatch.org/de/4205>

Der mehrfach verschobene Richtlinienentwurf zu Offenlegungspflichten von Unternehmen wird nun für Ende des Jahres 2012 erwartet. Germanwatch wird diesen Prozess weiter begleiten, v.a. auch im Rahmen des CorA-Netzwerkes und des europäischen Dachverbandes ECCJ.

Die Umsetzung der UN-Leitprinzipien wollen wir auch mit unseren makeITfair-Partnern am Beispiel des IT-Sektors konkreter angehen: Wie kann der vielbeschworene „intelligente Mix“ aus freiwilligen und verbindlichen Ansätzen in der IT-Branche aussehen? Dazu sind aber noch entsprechende Finanzmittel erforderlich.

Pressearbeit

Die Germanwatch-Pressearbeit hat unsere Advocacy-Arbeit für Klimaschutz, Ernährung, Menschenrechte sowie der dazu notwendigen Finanzierung aktiv unterstützt. Pressereferentin Larissa Neubauer baute dazu in Kooperation mit den TeamleiterInnen und der Politischen Geschäftsführung systematisch Kontakt zu für die Themen relevanten Journalisten auf und versorgte diese mit Informationen.

Mit medienwirksamen Auftritten erzeugt Germanwatch national und international regelmäßig Druck und lenkt die Aufmerksamkeit auf relevante Themen. So konnten auch im vergangenen Jahr wieder der Klimaschutz-Index und der Klima-Risiko-Index auf dem Klimagipfel in Durban im Dezember 2011 erfolgreich platziert werden. In vielen Ländern wurde – oft in großer Aufmachung – über das Abschneiden "ihres" Landes beim Klimaschutzindex berichtet. Alleine online haben wir international dazu rund 80 Artikel gefunden. In Deutschland berichteten nicht nur die Agenturen DPA, AFP und IPS. Es erschienen auch Beiträge im Stern, TAZ oder Spiegel Online. Letzterer zeigt eine Flash-Grafik des Index dauerhaft neben den Klimawandel betreffenden Artikeln an.²³

Mit dem Klima-Risiko-Index, den wir auch beim Klimagipfel in Durban vorstellten, konnten wir auch die besonders verletzlichen Staaten wieder in den Fokus der Berichterstattung rücken. Die Resonanz gerade in den betroffenen Staaten ist sehr erfreulich, in diesem Jahr etwa in Pakistan und Bangladesch.²⁴

In der deutschen Klimapolitik stand die Pressearbeit zur Energiewende im Zentrum. Im Fernsehen und Radio gab es zahlreiche Auftritte bzw. Interviews etwa von Klaus Milke, Christoph Bals und Jan Burck. Anja Esch gab ein viel beachtetes Interview im Deutschlandfunk zur Klimafinanzierung.

Unsere fortlaufende Lobbyarbeit für eine Verschärfung des Klimaschutzziels der EU auf mindestens 30% CO₂-Minderung bis 2020 unterstützten wir im Frühjahr 2012 durch eine medienwirksame Kampagne. In einem breiten Bündnis mit der Klima-Allianz Deutschland (über 110 Mitgliedsorganisationen), Brot für die Welt, BUND, NABU, Oxfam und WWF gab es verschiedene Aktionen im Rahmen der Kampagne "Frau Bundeskanzlerin, packen Sie jetzt mal richtig an". Rund um die Protestaktionen vor dem Bundeskanzleramt und dem Schloss Bellevue gab es Medienberichte u.a. auf n-tv und in der Tagesschau, sowie Radio-Interviews und zahlreiche Medienbeiträge in polnischen Medien. Insbesondere Oldag Caspar baute viele Pressekontakte auf und leistete Fachberatung für mehrere prominente AutorInnen, die sich in Artikeln für eine Umsetzung des 30%-Klimazieles in führenden Medien einsetzten.

Auch das Team Unternehmensverantwortung platzierte seine Themen sehr strategisch in der Presse. Zur Präsentation des neuen iPhones des Herstellers Apple im Oktober 2011 konnten wir durch ein längeres Interview mit Cornelia Heydenreich in der Sendung Frontal 21²⁵ mit dazu beitragen, dass die Berichterstattung sich nicht nur mit den Neuerungen des Gerätes beschäftigte, sondern auch mit den Arbeitsbedingungen bei seiner Herstellung.

²³ <http://germanwatch.org/klima/ksi12pres.htm>

²⁴ <http://www.germanwatch.org/klima/kri12pres.htm>

²⁵ <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1457154/Ausgebeutet-fuer-das-iPhone#/beitrag/video/1457154/Ausgebeutet-fuer-das-iPhone>

Der Film "Markt oder Moral"²⁶, der im April 2012 erstmals in der ARD gezeigt wurde, griff die Kampagne "Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen" auf, in der Germanwatch gemeinsam mit dem deutschen Netzwerk für Unternehmensverantwortung und der European Coalition for Corporate Justice seit einigen Jahren auch auf verbindliche Regelungen für Unternehmen auf europäischer Ebene pocht. Von der Kamera begleitet wurde unter anderem Johanna Kusch. Im Anschluss an die Ausstrahlung haben wir großen Zuspruch durch die Zuschauer erhalten sowie neue Interessenten und Unterstützer gewonnen.



Präsentation des Berichts zur Lage der Welt am 15. Mai 2012 in der Bundespressekonferenz mit (v.l.n.r.): Klaus Milke (Germanwatch), Michael Renner (Worldwatch Institute), Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Annette Schavan (Bundesministerin für Bildung und Forschung / CDU). Foto: Larissa Neubauer, Germanwatch

Im Frühjahr 2012 gelang es uns, den "Bericht zur Lage der Welt"²⁷ gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Bundespressekonferenz in Berlin zu präsentieren. Gastredner auf dem Panel waren Renate Künast (Bündnis90/Die Grünen) und Dr. Annette Schavan (CDU). Sie stellten den Bericht mit dem Themenschwerpunkt zur nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft mit vor. Durch ein dort vereinbartes Interview mit Klaus Milke konnten wir in der Tagesschau vor dem Rio-Gipfel eigene Akzente setzen. In Rio gab es dann zahlreiche Interviews von Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen mit Christoph Bals (Politischer Geschäftsführer) und Tilman Santarius (Vorstand). Durch die parallele Eskalation der EU-Krise und die Absage der Bundeskanzlerin fand die Berichterstattung zu Rio in Deutschland allerdings nur auf Sparflamme statt.

Interessante Akzente zum Thema Ernährungssicherung setzten Interviews von Teamleiter Tobias Reichert, als auch von unseren Vorstandsmitgliedern Michael Windfuhr und Klemens van de Sand.

Regional war Germanwatch regelmäßig durch Berichterstattungen über die Klimaexpedition sowie über die Ausstellung "Mensch macht Milch" in den Medien präsent.

Immer mehr Journalisten, die langfristig an unseren Themen dran sind, nutzen das Angebot der Referenten, TeamleiterInnen und Politische Geschäftsführung zu Hintergrundgesprächen und Terminab-sprachen.

Ausblick

Nachdem bei Germanwatch nun die politischen Teams mit Teamleitungen etabliert sind, kann im neuen Planungszyklus die Pressearbeit noch besser systematisch bereits im Vorfeld berücksichtigt werden. Dies wird ein Schritt sein, um die strategische Pressearbeit konsequent weiter zu entwickeln. Dies ist umso wichtiger, als die Konsequenzen der EU-Krise drohen, alle Themen mit internationalem oder längerem Zeithorizont in den Hintergrund zu drängen. Eine wichtige Rolle in der Pressearbeit wird deshalb eine prägnante Argumentation spielen, warum es sehr kurzsichtig wäre, wegen der aktuellen Probleme viel größeren Problemdruck für die Zukunft aufzubauen. Wir drängen statt dessen darauf, die Frage der Ernährungssicherung nicht weltweit auf die Spitze zu treiben, die Konsequenzen der finanziellen Verschuldung nicht durch eine ökologische Verschuldung zu multiplizieren, nicht bei den

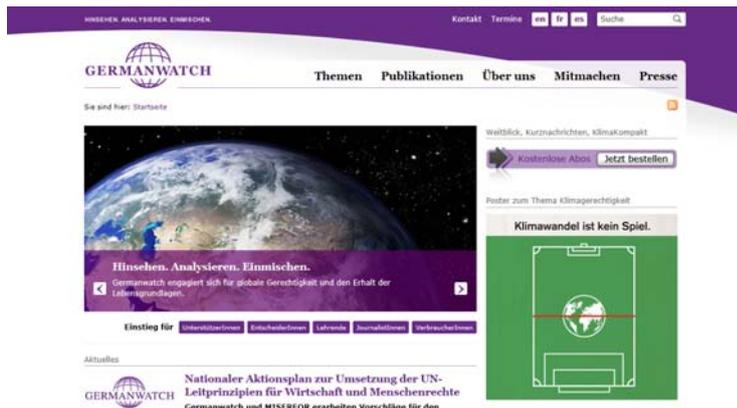
²⁶ http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/799280_reportage-dokumentation/10154532_markt-oder-moral

²⁷ <http://germanwatch.org/de/4414>

notwendigen Zukunftsinvestitionen zu sparen. Investitionen für eine Transformation des Energie-, des Verkehrs-, des Gebäude-, des Landwirtschaftssektors könnten hingegen die heutige Probleme bekämpfen und zugleich denen von morgen vorbeugen.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer Schwerpunkt der Tätigkeiten des ÖA-Teams lag im vergangenen Jahr in der grundlegenden Weiterentwicklung und dem Relaunch der Germanwatch-Website (www.germanwatch.org)



Nach 15 Jahren im Internet präsentiert sich Germanwatch mit einer neuen Website.

Damit konnte ein Meilenstein für die Öffentlichkeitsarbeit der nächsten Jahre gelegt werden. Unsere Website ist unsere wichtigste Schnittstelle zur Öffentlichkeit und ein Dreh- und Angelpunkt zur Erfüllung unserer Kernaufgaben: aufbereitete Informationen einer breiten Öffentlichkeit sowie speziellen Zielgruppen zur Verfügung stellen. Von der neuen Website profitieren auch der Mitglieder- und Spenderservice, die Projekt-, Kampagnen- und Pressearbeit sowie das Fundraising. Auch für den geplanten Start von Social-Media-Aktivitäten ist die neue Website eine wichtige Voraussetzung. Der Website-Relaunch wurde koordiniert vom Teamleiter Pascal Molinario mit der Unterstützung mehrerer Honorarkräfte (v.a. Katrin Fillies und Daniela Baum), PraktikantInnen (v.a. Johannes Wirz und Mira Zöller) und Germanwatch-MitarbeiterInnen (v.a. Damian Arikas) in Kooperation mit einem externen Dienstleister (Newthinking).

Mit dem Team Internationale Klimapolitik wurde ein **Posterwettbewerb** realisiert, der von der EU und dem BMZ unterstützt wurde. Mehr als sechzig Personen setzten sich kreativ mit dem Thema "**Klimagerechtigkeit**" auseinander. Bei über 100 Entwürfen war die Festlegung auf drei Motive für die Jury eine echte Herausforderung, da viele herausragende Ideen dabei waren. Die Siegermotive sind mittlerweile als Poster erhältlich und können gegen eine Versandkostenpauschale auf der Germanwatch-Website bestellt werden, wo auch weitere Klima-Poster zu finden sind.²⁸

Ein weiterer Wettbewerb – der **Drehbuchwettbewerb "Great Transformation"** – wurde erfolgreich durchgeführt. Der Siegerbeitrag soll in Form eines Kurzfilms im November auf der Konferenz "Dialogue-on-Transformation" präsentiert werden.

Neben der **Regelkommunikation** an Abonnenten (Zeitung Weitblick, Mitgliederrundbrief, Newsletter Kurznachrichten und KlimaKompakt) wurden wieder zahlreiche Fachpublikationen und Materialien für die breite Öffentlichkeit und den Bildungsbereich erstellt und vertrieben (siehe Abo-Formular unter www.germanwatch.org/abos). Alle Publikationen werden bis auf wenige Ausnahmen der breiten Öffentlichkeit kostenlos zum Download auf unserer Website angeboten (<http://germanwatch.org/de/publikationen>). Insbesondere Bildungsträger und andere Multiplikatoren

²⁸ <http://germanwatch.org/de/3922>

nutzen die Möglichkeit der Online-Bestellung von gedruckten Materialien und digitalen Datenträgern. Die Zahl der Abonnenten und Downloads steigt (siehe Tabelle).

Tabelle: AbonnentInnen und Downloads – Vergleich des aktuellen mit dem letzten Berichtszeitraum

	09.2010-08.2011	09.2011-08.2012	Anmerkungen
Weitblick Gesamtauflage	über 500.000 bei 7 Ausgaben	400.000 bei 4 Ausgaben	Distribution: Wochenendbeilage der taz, Verteilung bei Veranstaltungen, Versand an AbonnentInnen
Weitblick Abonnenten	12.500	13.091	+4,7%
KlimaKompakt Abonnenten	5.600	6.177	+10%
Kurznachrichten Abonnenten	ca. 600	711	+18,5% (bis Anfang 2012 war Bezug nur für Mitglieder möglich)
Materialbestellungen	522 Besteller, ca. 15.000 Einzelmateriale	über 420 Besteller, ca. 9.270 Einzelmateriale	Rückgang vermutlich wegen ausgebautem und verbessertem Online-Angebot, wo die meisten Materialien zum kostenlosen Download angeboten werden (seit April 2012 mehr als 7.000 Downloads)

Stand: Juli/August 2012

Da die Anforderungen der Projekte an eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit gestiegen sind, wurde auch an dieser Stelle den politischen Teams noch intensiver zugearbeitet. Das drückt sich auch in der gestiegenen Zahl von geplanten und bereits realisierten Projekt-Websites aus (z.B. www.dialogue-on-transformation.org, www.af-network.org, www.loss-and-damage.net).



Planung / Aussicht / Meilensteine 2013

Corporate Design

Nach der Erneuerung der Website soll nun das visuelle Erscheinungsbild von Germanwatch evaluiert und ggf. optimiert werden, um unsere Zielgruppen noch besser anzusprechen und einen größeren Wiedererkennungswert zu erreichen.

Social Media

Die strategische Entwicklung von Social-Media-Aktivitäten mit einem Schwerpunkt auf Facebook ist geplant, um die Kommunikationsziele von Germanwatch besser erreichen zu können und neue UnterstützerInnen zu finden.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Auch im vergangenen Jahr hat Germanwatch eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammen gearbeitet. Dadurch konnten viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen. Gleichzeitig stellen unsere Vernetzungsstrategien eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Mitgliedschaften von Germanwatch

Agrarbündnis, AK Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Climate Action Network (CAN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, Eine Welt Netz NRW, Eine Welt Netzwerk Bayern, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), European Climate Forum, Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Campaign for Climate Action (GCCA) / tckctck Campaign, Global Challenges Network (GCN), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, Nord Süd Forum München, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA-Netzwerk), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is Not For Sale (OWINFS) + Seattle to Brussels Network (S2B), Publish what you pay, Renewables Grid Initiative (RGI), Steuer gegen Armut, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

Arbeitsgruppen / Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst nicht in größerem Umfang Geld langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z.B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2011

von Dr. Lutz Morgenstern (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2011 betragen rund 2.177.000 Euro (vgl. Tab. E.1). Sie steigerten sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich um 1,2 Prozent. Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch und die Verteilung der Zuschussbeträge pro Geber war in 2011 noch ausgeglichener als in 2010 (vgl. Tab. E.2a und b). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit von Germanwatch. Bei der Höhe der Einnahmen – sowohl insgesamt als auch bei der Betrachtung einzelner Projekte – ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1 + E.2), allerdings in einem gegenüber 2010 geringeren Umfang. Wichtigstes Beispiel hierfür ist ein vom BMZ bezuschusstes Projekt zum Thema „Klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik“, in dem Germanwatch vereinbarungsgemäß BMZ-Gelder an die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft weitergereicht hat. Mit den Mitteln hat diese Partnerorganisation ihren Teil der Projektaktivitäten durchführt.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umfang des "steuerbegünstigten Zweckbetriebs" nur leicht gesunken; der des "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs" ist nach einem starken Rückgang von 2009 nach 2010 nun in 2011 wieder deutlich gestiegen. Teile der Aktivitäten zur Klimaexpedition wurden wie bereits 2010 dem Zweckbetrieb zugeordnet. Zu den Aktivitäten, die dem „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ zuzuordnen sind, zählten insbesondere Projekte, die durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium finanziert wurden (vgl. Tab. E.2b). Die Zuordnung zum „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, etwa der Frage, ob wir uns für ein Projekt an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt hatten.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren, um die Nachhaltigkeit und um die zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – beispielsweise die Zahlungen für Büromieten.

Die Mitgliedsbeiträge beliefen sich 2011 auf insgesamt rund 73.000 € und stiegen damit erfreulicherweise – bei weiterhin unveränderten Beitragssätzen – aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahl um 10,5 Prozent. Die Spendeneinnahmen erhöhten sich ebenfalls (um 5,2 Prozent). Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 20.000 € war zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistete Arbeit sowie die vielen unbezahlten Überstunden hauptamtlicher Kräfte, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2011 und Vergleich zu 2010 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)

<u>Ideeller Bereich:</u>	2010	2011
1. Mitgliedsbeiträge	65.754,43€	72.679,97€
2. Spenden	105.448,58€	110.901,81€
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00€	20.000,00€
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit	1.529.494,95€	1.480.626,36€
5. Zuschüsse für externe Projektarbeit	112.130,21€	48.117,23€
6. Einnahmen CorA-Netzwerk	0€	25.385,78€
7. Sonstige Einnahmen	52.116,96€	63.581,21€
<u>Zweckbetrieb und Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb:</u>		
8. Einnahmen Zweckbetrieb	178.656,50€	156.454,37€
9. Einnahmen Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	81.706,09€	193.771,00€
Summe	2.145.307,72€	2.171.517,73€

B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)

<u>Ideeller Bereich:</u>	2010	2011
10. Löhne und Gehälter	773.128,52€	789.186,26€
11. Soziale Abgaben	155.414,78€	163.166,89€
12. Fremdhonorare	256.522,48€	277.229,75€
13. Miete/Mietnebenkosten	47.386,82€	51.983,47€
14. Abgaben/Versicherungen	917,08€	1.607,98€
15. Beiträge	39.250,00€	9.036,24€
16. Werbe- und Reisekosten	92.664,25€	85.483,58€
17. Instandhaltungen und Kleingeräte	27.668,63€	18.586,98€
18. Abschreibungen	13.942,36€	11.288,48€
19. Porto	84.486,05€	29.697,54€
20. Telefon/Internet	19.808,28€	15.913,53€
21. Kopier- und Faxkosten	17.717,99€	17.999,36€
22. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	209.796,62€	138.553,64€
23. Externe Projektarbeit	112.130,21€	48.117,23€
24. CorA-Netzwerk	0€	30.942,72€
25. Unterstützung Regionalgruppen	163,50€	85,80€
26. Bürobedarf	9.477,66€	5.044,00€
27. Bücher und Zeitschriften	3.609,28€	2.122,33€
28. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	11.514,09€	7.530,24€
29. Sonstiges	4.477,63€	6.301,21€
<u>Zweckbetrieb und Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb:</u>		
30. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	198.107,64€	177.785,06€
31. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	44.369,83€	176.035,12€
Summe	2.122.553,70€	2.063.697,41€

C. Laufendes Ergebnis 22.754,02€ 107.820,32€

D. Einnahmen Vermögensverwaltung

32. Zinseinnahmen 6.430,42€ 5.497,40€

E. Ausgaben Vermögensverwaltung

33. Nebenkosten des Geldverkehrs -1.259,28€ -816,64€

F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss 27.925,16€ 112.501,08€

Gesamtergebnis 2011

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmeüberschuss</u>
Ideeller Bereich	1.821.292,36€	1.709.877,23€	111.415,13€
Vermögensverwaltung	5.497,40€	816,64€	4.680,76€
Zweckbetrieb	156.454,37€	177.785,06	-21.330,69€
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	193.771,00€	176.035,12	17.735,88€
Summe	2.177.015,13€	2.064.514,05€	112.501,08€

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2011 im Vergleich zu 2010

Verbandszuschüsse

	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€
European Climate Foundation	730.284,00	461.870,20
Smart Energy for Europe Platform (SEFEP)	3.000,00	164.947,50
Climate Works Foundation	66.127,28	120.036,26
Brot für die Welt	4.238,91	75.575,00
Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	20.000,00
Stiftung Nord-Süd-Brücken / LEZ Berlin	0,00	20.000,00
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	0,00	10.905,00
Alexander-von-Humboldt-Stiftung	4.000,00	5.600,00
Heinrich-Böll-Stiftung	1.000,00	5.500,00
Worldwatch Institute	0,00	5.000,00
Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz	0,00	4.150,00
Katholischer Fonds	0,00	4.100,00
Misereor	97.780,00	4.000,00
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)	5.000,00	3.865,00
Eine Welt Netz NRW	0,00	2.553,00
DAKT - Die andere Kommunalpolitik Thüringen e. V.	2.000,00	2.000,00
Institute of Development Studies in Brighton	0,00	2.000,00
Global Campaign for Climate Action (GCCA)	47.202,63	0,00
Münchener Rück Stiftung	6.999,70	0,00
CorA-Netzwerk	5.409,33	0,00
ICLEI - Local Governments for Sustainability	5.000,00	0,00
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	3.000,00	0,00
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt	2.500,00	0,00
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)	2.250,00	0,00
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	881,29	0,00
	<u>1.006.673,14</u>	<u>912.101,96</u>
Davon vorausgezahlte Zuschüsse für Projekte im Folgejahr	-288.902,00	-283.718,63
Sonstige Forderung für in 2011 durchgeführte Projekte	0,00	34.043,90
<u>Summe</u>	<u>717.771,14</u>	<u>662.427,23</u>

Zuschüsse von Behörden

	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€
Umweltbundesamt (UBA)	229.169,00	256.678,82
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	275.546,00	202.953,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	114.670,52	122.069,81
Europäische Kommission (über SOMO)	75.355,37	116.844,99
Europäische Kommission (über RAC-France)	31.822,00	42.836,20
GIZ/ InWent	39.120,00	39.260,00
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	28.109,30	33.708,70
Europäische Kommission (über Practical Action)	0,00	12.063,24
Europäische Kommission (über CAN Europe)	76.185,11	6.958,76
vzbv Rückzahlung Überzahlung	0,00	-1.189,78
Europäische Kommission	73.664,39	0,00
BMU (über Forum Umwelt und Entwicklung)	15.351,39	0,00
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin	10.500,00	0,00
BMZ (über Forum Umwelt und Entwicklung)	1.000,00	0,00
	<u>970.493,08</u>	<u>832.183,74</u>
Davon vorausgezahlte Zuschüsse für Projekte im Folgejahr	-26.639,06	-3.402,35
Sonstige Forderung für in 2011 durchgeführte Projekte	0,00	57.594,97
<u>Summe</u>	<u>943.854,02</u>	<u>886.376,36</u>

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb

	<u>2010</u>	<u>2011</u>
	€	€
Umweltbundesamt (UBA)	9.073,61	73.054,72
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	29.355,00	81.915,77
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	0,00	12.493,28
West LB	0,00	6.240,00
WWF UK	0,00	6.000,00
Misereor	0,00	5.546,22
WWF Singapore	0,00	4.350,00
Lightcycle Klimaexpedition außerschulisch	4.250,00	2.550,00
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	26.107,31	0,00
Brot für die Welt	7.920,17	0,00
Diverse	5.000,00	1.621,01
<u>Summe</u>	<u>81.706,09</u>	<u>193.771,00</u>

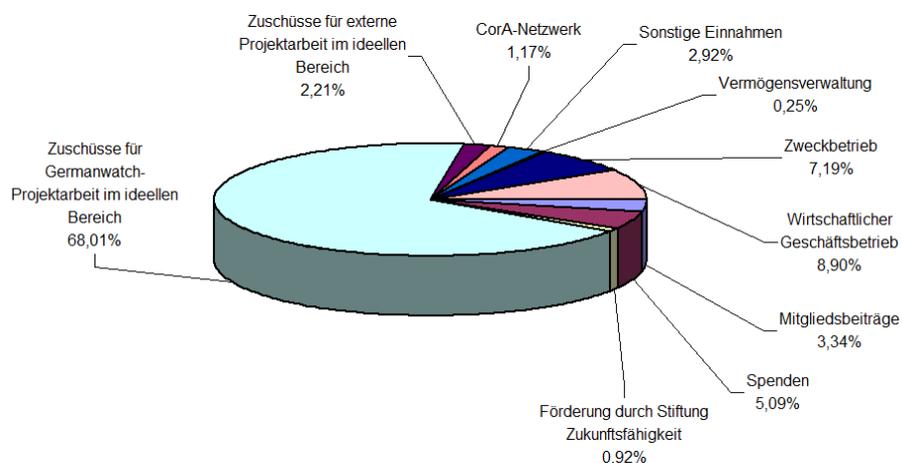


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2011

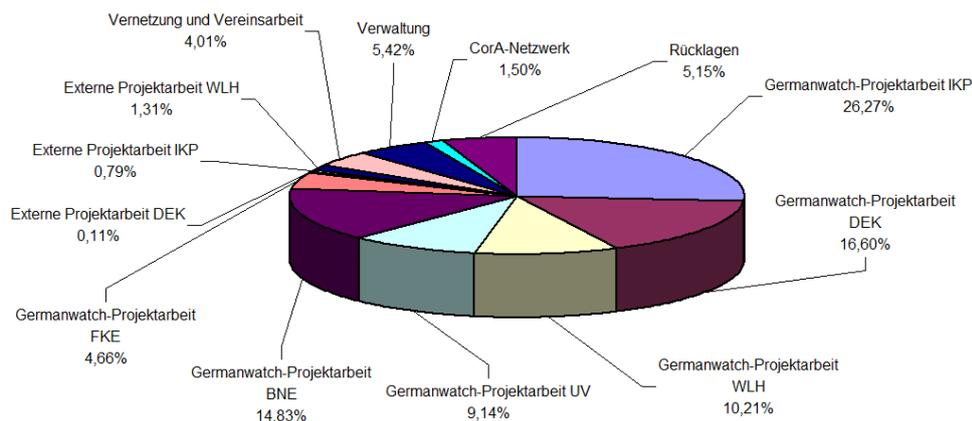


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2011 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw.Arbeitsbereiche

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung, FKE = Finanzierung für Klima und Ernährung / Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen - Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Die Projektarbeit wurde analog der im Rahmen unseres Organisationsentwicklungsprozesses geschaffenen sechs politischen Fachteams gegliedert.

Der größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf Aktivitäten des Teams Internationale Klimapolitik (26,27 Prozent der Ausgaben), gefolgt von den Teams Deutsche und EU-Klimapolitik (16,60 Prozent) und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (14,83 Prozent).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil weiterhin die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen rund 952.000 € ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Dass wir bei unserer Arbeit, die den besonders verletzlichen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern zu Gute kommen soll, auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir fördern in aller Regel keine Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland. Durch diesen Unterschied weist unser Budget einen relativ hohen Anteil an eigenen Personalkosten auf.

Die Beiträge, die Germanwatch für Mitgliedschaften in Netzwerken zahlt, sind in der Summe erheblich gesunken. Der Rückgang fand allerdings praktisch ausschließlich in Bereichen statt, in denen wir Beiträge als Bestandteil einer Projektfinanzierung einplanen konnten, so dass der Rückgang ohne Auswirkung auf unser verfügbares Budget bleibt.

Dass die Portokosten und die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich zu 2010 deutlich gesunken sind, liegt vor allem daran, dass 2010 ausnahmsweise sieben Ausgaben unserer Zeitung Weitblick erschienen (die von uns jeweils an rund 13.000 AbonnentInnen verschickt und außerdem bundesweiten Tageszeitungen – meist der taz – beigelegt wird), während es 2011 die übliche Anzahl von vier Ausgaben war. Auch die Telefon-/Internetkosten sanken, was überwiegend durch Kosteneinsparungen im Bereich der Handytelefonate und der mobilen Datennutzung bei Auslandseinsätzen erreicht werden konnte.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2011 weist einen Überschuss von 112.501,08 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Dies ist ein Ausdruck davon, dass Germanwatch große Anstrengungen für ein ausgeglichenes Ergebnis unternimmt und sich gleichzeitig für finanzielle Herausforderungen wappnet, etwa für den Fall sinkender Einnahmen aufgrund der Krisen auf den Finanzmärkten und der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Außerdem sehen wir es im Sinne einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Vorgehensweise als wichtig an, angesichts des für 2012 bereits jetzt sichtbaren deutlichen Wachstums unseres jährlichen Budgets den absoluten Umfang der Rücklage auszubauen – auch weil mit gewachsenem Gesamtbudget ein höherer Liquiditätspuffer zwingend erforderlich ist. Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2012 gehen wir davon aus, dass auch zum 31.12.2012 ungefähr ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung). Das Jahresergebnis für 2011 wurde entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung vom

24.9.2011 von Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Michael Weckbecker, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Bonn, auf der Grundlage der von ihm durchgeführten Buchprüfung ermittelt.

Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2010 über Körperschaftssteuer vom 18.8.2011 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.3: Vermögensrechnung 31.12.2011 und Vergleich zum 31.12.2010

<u>AKTIVA</u>		<u>2010</u>	<u>2011</u>
		€	€
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	1.219,50€	26,50€
	2. Büroeinrichtung	3.936,50€	3.403,50€
	3. Computeranlagen	15.318,50€	9.602,50€
	4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.384,50€	8.893,50€
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	12,00€	12,00€
	6. GWG Sammelposten	2.557,00€	1.429,00€
		<hr/>	<hr/>
		29.428,00€	23.367,00€
B.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Flüssige Mittel	699.096,68€	762.390,42€
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.902,91€	142.159,44€
	3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61.095,88€	32.449,88€
		<hr/>	<hr/>
		768.095,47€	936.999,74€
	 <u>Summe Besitzposten</u>	 797.523,47€	 960.366,74€
<u>PASSIVA</u>			
C.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	136.320,47€	248.821,55€
	b) Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	248.557,86€	248.557,86€
		<hr/>	<hr/>
		384.878,33€	497.379,41€
D.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	33.428,60€	3.926,05€
	Sonstige Rückstellungen	4.000,00€	4.000,00€
E.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26€	6.712,26€
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	22.528,58€	43.891,77€
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	30.434,64€	59.346,58€
F.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	<hr/>	<hr/>
		315.541,06€	345.110,67€
	 <u>Summe Schuldposten</u>	 797.523,47€	 960.366,74€
	 <u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2011:		
	Vermögen des Vereins 2010		384.878,33€
	Jahresüberschuss 2011		<hr/> 112.501,08€
	 Vermögen des Vereins		 <hr/> <hr/> 497.379,41€

F Ausblick

Die verschiedenen Krisen seit 2008 – bisher ungesehene Wetterereignisse, stark steigende und schwankende Energie- und Rohstoffpreise, ein massiver Anstieg der Zahl der unterernährten Menschen, die Finanz- und darauffolgende Wirtschaftskrise – geben zu denken. Vieles spricht dafür, dass hier die seit Jahrzehnten theoretisch diskutierten Grenzen des Planeten sich in unserer Lebenswirklichkeit Bahn suchen.

Zugleich werfen sowohl das Krisenmanagement in der EU und in den USA als auch die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio die Frage auf, ob die Weltgemeinschaft angesichts dieser Herausforderung im notwendigen Maße handlungsfähig ist.

Der Kampf um Rohstoffe, die Unterdrückung von Zivilgesellschaft, die Unterminierung demokratischer Strukturen durch Lobbyinteressen – etwa der fossilen Industrie und des Agrowirtschaftskomplexes – nimmt weltweit an Heftigkeit zu.

In diesem Kontext wird Germanwatch versuchen, das Recht auf Nahrung, andere Menschenrechte und die Überlebensinteressen künftiger Generationen so zum Thema zu machen, dass dies einen Unterschied macht.

Wir werden uns nachdenklich und pointiert zugleich in der Debatte über die künftige Rolle Deutschlands und der EU in diesem Kontext zu Wort melden. Und die einzelnen Teams werden – im Gespräch mit Betroffenen, mit Entscheidungsträgern und in der öffentlichen Auseinandersetzung – ihre Akzente dazu setzen.

Wir fühlen uns gut vorbereitet für die kommenden Monate. Wichtige Schritte sind gegangen, um die Absicherung unseres erneut größer gewordenen engagierten Teams für die nächste Zukunft zu gewährleisten. Viel ist noch zu tun – auch zur Einwerbung von Spenden. Diese machen zwar nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus, aber – da sie frei einsetzbares Geld sind – haben sie jedoch eine erhebliche Hebelwirkung: sie sichern unsere Unabhängigkeit, die Möglichkeit auch spontan wichtige Themen aufzugreifen und die Kofinanzierung fremdfinanzierter Projekte, für die wir ohne Spendengelder oft gar keine Mittel von Zuschussgebern einwerben könnten. Dem freien Fundraising wird dabei für die Zukunft immer größere Bedeutung zukommen.

Auch werden wir weitere Schritte der Organisationsentwicklung vorantreiben. Dies betrifft zum einen die Arbeit unserer politischen Fachteams, beispielsweise im Bereich der Jahresplanung, aber auch unsere Arbeit in "Querschnittsfunktionen". So möchten wir die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit noch strategischer aufstellen – nachdem wir mit dem Relaunch unserer Homepage dazu bereits einen ganz wichtigen Schritt gegangen sind. Und auch im Bereich Finanzen und Verwaltung sind Weiterentwicklungen u.a. aufgrund unseres Wachstums der letzten Jahre erforderlich.

Die bereits gute Arbeitsteilung mit unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit wollen wir in den kommenden Jahren weiter vorantreiben.

Gerne würden wir noch mehr Kooperationen eingehen und noch häufiger an Veranstaltungen und Workshops mitwirken – viele solcher Angebote, deren Häufigkeit wir als Zeichen der Anerkennung unserer Arbeit werten, können wir allerdings aus Kapazitätsgründen leider gar nicht annehmen. Und wir freuen uns, dass eine ganze Reihe unserer MitarbeiterInnen ihrem Willen, die Zukunft zu gestalten auch persönlich nachkommen und erstmals oder erneut Eltern werden (bzw. gerade geworden sind). Dies führt in den nächsten Monaten allerdings dazu, dass wir beim Eingehen neuer Verpflichtungen zögerlicher als sonst sein müssen.

Das richtige Maß zwischen fokussierender Kernkompetenz, Wachheit und Wahrnehmung neuer Themen einer umfassenden Verantwortung gilt es immer wieder zu finden.

Wir freuen uns in den nächsten Monaten auf einen lebhaften Austausch mit unseren Mitgliedern und unseren unterschiedlichen Kooperationspartnern – sei es per E-Mail oder Telefon, im direkten Kontakt bei einer unserer Veranstaltungen oder auf anderem Wege!

G Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen

Falls Sie Germanwatch-Publikationen bestellen oder herunterladen, unsere aktuellen und bisherigen Pressemitteilungen lesen oder sich über zukünftige und durchgeführte Veranstaltungen informieren möchten, so finden Sie diese unter:

Publikationen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Kostenlose Abos: www.germanwatch.org/de/abos-bestellen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Allgemeine Informationen: www.germanwatch.org

Unser Leitbild

Hinsehen, analysieren, einmischen – für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.